

1989 – Umbrüche in der DDR und im Osten Europas Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation

Fukuyamas „Ende der Geschichte“¹ war keine zufällige Episode in der Geschichte des Nachdenkens über die real- und geistesgeschichtlichen Erträge des 20. Jahrhunderts. Es war Ausdruck des Selbstverständnisses der bürgerlichen Kräfte in der Welt und in den USA im besonderen, nunmehr ‚Sieger der Geschichte‘ zu sein und keine Alternative mehr fürchten zu müssen. Wahrscheinlich erklärt sich auch nur vor diesem Hintergrund jenes laute Erschrecken im Angesicht der Attentate des 11. September 2001. Es ist beileibe nicht alles anders als zuvor, wie zur Begründung gewaltsamen Handelns gern hervorgehoben wird, doch haben sich Entwicklungslinien zugespitzt, die ihre Wurzeln in den Tiefen der Geschichte haben, und dies nicht erst in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

„Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Menschen mitnichten in eine sichere demokratische Zukunft entlassen“, schrieb der US-amerikanische Politologe Benjamin Barber, der zu den gemäßigten Kritikern der neoliberalen Globalisierungsstrebungen gehört.² Das gilt für die Weltverhältnisse von heute überhaupt, vor allem aber für die Analyse der ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa. – Unabhängig davon, in welchem Sinne Barber und andere den Begriff „kommunistisch“ benutzen, wird er von mir im folgenden ausschließlich bezogen auf die Gesellschaftskonzeption und daraus hergeleitet das Herrschaftssystem, also typologisch verwandt. Ich folge hier einer theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte sinnvoll ist: Danach sind *Kommunisten* jene, die die soziale Frage, die mehr oder weniger drückende Kluft zwischen arm und reich, durch die Enteignung allen wichtigen Produkteigentums in der Gesellschaft und dessen Vergemeinschaftung lösen wollen; *Sozialisten* dagegen sind jene, die die soziale Frage lösen wollen, indem sie das Kapital der Kontrolle der Gemeinschaft unterstellen. Sie wollen über Gesetz und Staat dafür sorgen, dass das Kapital der Arbeit untersteht, und nicht umgekehrt.³

Die heutigen politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa sind auch zwanzig Jahre nach 1989 nicht völlig zu verstehen, ohne die Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems einerseits und den Verlauf des Systemwechsels andererseits zu berücksichtigen. Zugleich muss auch auf den historischen Platz des kommunistischen Systems gesehen werden, um die seither vollzogenen Wandlungen zu verstehen.

Nochmals zum historischen Ort des kommunistischen Systems

Theoretische Begründungen, weshalb Staatssozialismus nicht zu verwirklichen sei, sind so alt, wie die kommunistischen Konzeptionen selbst. Im Kontext der russischen Oktoberrevolution verwies beispielsweise Max Weber darauf, dass moderne Gesellschaften, wie man heute sa-

¹ Vgl. Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler Verlag 1992.

² Benjamin R. Barber: Coca-Cola und Heiliger Krieg. Der grundlegende Konflikt unserer Zeit, Bern u.a.: Scherz Verlag 2001, S. 7.

³ Vgl. : Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1998, S. 5ff.

gen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“, im Staatssozialismus dagegen wären „beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren“⁴ – und deshalb könne Kommunismus nicht funktionieren. Derartige Einwendungen haben dem Einfluß des kommunistischen Ansatzes keinen wirklichen Abbruch tun können, solange der Glaube an seine Realisierbarkeit in relevanten Teilen der Arbeiterschaft sowie der Intellektuellen verbreitet blieb und in den kommunistischen Parteien seinen politischen Ausdruck fand. In Selbstdarstellungen der KPdSU oder der SED wurden immer gern Stimmen aus dem Jahre 1917 oder 1949 zitiert, wonach ‚der kommunistische Spuk‘ in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein werde – als vorgeblicher Beleg für die „Sieghaftigkeit des Sozialismus“. Offenbar gehörte der Kommunismus zu jenen historischen Erscheinungen, die nur in der Praxis zu widerlegen waren.

Eine Untersuchung des 1989/1991 zusammengebrochenen Herrschaftssystems kann es nicht damit bewenden lassen, sein ‚gesetzmäßiges‘ Scheitern von Anfang an zu behaupten, wie es in nachwendischer Publizistik immer wieder gern getan wird, sondern es sind zunächst seine historischen Entstehungsgründe in den Blick zu nehmen. Für Stefan Zweig etwa, als er im britischen Exil 1940 seine Memoiren schrieb, war völlig klar, dass der entscheidende Einschnitt im Jahre 1914 lag. Da ging die ‚alte Welt‘ Europas unter, Zweig nennt sie die „Welt von gestern“, an die er voller Melancholie zurückdenkt.⁵ In eben diesem Sinne spricht der Historiker Eric Hobsbawm – der einen Teil seiner Jugend in Wien verbrachte, bevor er in den 1930er Jahren ebenfalls nach Großbritannien kam – von dem „Kurzen 20. Jahrhundert“, das er von 1914 bis 1991 datiert.⁶ Sebastian Haffner hatte bereits vor dem Fiasko des Kommunismus betont, dass der zweite Weltkrieg die Folge des ersten war, und insofern dieser das eigentlich einschneidende Ereignis des 20. Jahrhunderts.⁷ Ungeachtet dessen, dass ohne Zustimmung der deutschen Reichsleitung und speziell Ludendorffs Lenin 1917 natürlich nicht aus dem Schweizer Exil hätte nach Russland kommen können,⁸ ist die russische Oktoberrevolution dennoch zuallererst nicht als Coup des deutschen Generalstabes, um Russland aus der gegnerischen Kriegsfront herauszubrechen, sondern als sozialhistorischer Vorgang zu betrachten.

Zugleich haben das Geborensein aus den Gemetzeln des ersten Weltkrieges und der sektenmäßige Geheimbundcharakter der Partei der Bolschewiki der realen Umsetzung jenes kommunistischen Versuchs unter Führung Lenins ihren Stempel aufgedrückt, der das von ihnen geschaffene Herrschaftssystem bis zu seinem Untergang 1989/1991 geprägt hat. Insofern war dieses kommunistische System eines der bleibenden Resultate des ersten Weltkrieges und einer der wesentlichen Akteure jenes „kurzen“ 20. Jahrhunderts.

Zu historischen Voraussetzungen des kommunistischen Herrschaftssystems wurden daher:

⁴ Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik, hrsg. Michael Sukale, Stuttgart: Reclam Verlag 1997, S. 248.

⁵ Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag 1985.

⁶ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien: Carl Hanser Verlag 1994, S. 17.

⁷ Sebastian Haffner: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München: Knauer 1987, S. 10.

⁸ Das betont auch Haffner. Ebenda, S. 128.

1. Die soziale Frage hatte seit den 1830er Jahren die Gestalt der Arbeiterfrage angenommen: wie nehmen die Vermögenslosen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit erwerben, an der modernen, d.h. industriell fundierten Gesellschaft teil? Das hatte eine soziale Dimension, hier ging es um Löhne und Einkommen, soziale Sicherheiten, Absicherung der Familien, Wohnung, Bildung, Zugang zur Kultur. Und es hatte eine politische Dimension, hier standen das allgemeine Wahlrecht, Freiheitsrechte und Partizipationsrechte auf der Tagesordnung, am Ende die Frage nach der Macht im Staate. Die sozialistische Revolution, wie Marx, Engels, Lassalle und andere erwartet hatten, sollte beide Probleme lösen, durch Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiter und durch Enteignung der Kapitaleigner. Die „Sozial-Demokratie“ war der politische Ausdruck dieses Bemühens, die soziale Frage im Sinne der Arbeiter und insgesamt der unteren sozialen Schichten zu lösen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, zumal der deutschen, ging seit den 1890er Jahren der Streit darum, ob im Zweifelsfalle das Primat bei der Demokratie liegen sollte, die nach Wahlen und Mehrheiten fragt, wenn es um die Macht geht, oder ob die Revolution im Sinne der raschen Enteignung der Kapitalisten Vorrang haben müsse vor den demokratischen Spielregeln.
2. Der erste Weltkrieg wurde als eklatante Verschärfung aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der es begleitenden politischen Systeme angesehen. Lange vor dem ersten Weltkrieg war Allgemeingut innerhalb der Arbeiterbewegung, was August Bebel wie folgt formuliert hatte: „Nimmt man... die furchtbaren Störungen und Verwüstungen, die künftig ein europäischer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet anrichtet, so darf man ohne Übertreibung sagen: der nächste große Krieg ist der letzte Krieg... Der politisch-militärische Zustand Europas hat eine Entwicklung genommen, die leicht mit einer großen Katastrophe endigen kann, welche die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt. Auf der Höhe ihrer Entwicklung hat diese Gesellschaft Zustände geschaffen, die ihre Existenz unhaltbar machen, sie bereitet sich den Untergang mit Mitteln, die sie selbst erst als die revolutionärste aller bisher dagewesenen Gesellschaften schuf.“⁹ In diesem Sinne erschien der erste Weltkrieg als die erwartete, vom Kapitalismus und seinem Imperialismus hervorgerufene Katastrophe, aus der „der Sozialismus“ als die Erlösung hervorgehen musste. Und da alle großen Staaten Europas, ob nun bürgerlich-parlamentarisch, wie Großbritannien bzw. Frankreich, oder mehr oder weniger autoritär verfasst, wie Deutschland bzw. Russland, in diesen großen Krieg verwickelt waren, erschien die Demokratiefrage als von untergeordneter Bedeutung.
3. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich in Deutschland, Frankreich, Russland und anderen Staaten angesichts des Krieges 1914 auf die Seite ihrer respektiven Regierungen und deren Kriegsführung gestellt. Die Kongresse der II. Internationale in Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten zwar beschlossen, mit allen Mitteln für die Verhinderung des Krieges zu wirken und, wenn er dennoch ausbrechen sollte, die entstandene Lage zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu nutzen. Doch hatte sich dies 1914 als Illusion erwiesen, bzw. die Mehrheitssozialisten hatten Verrat geübt, was die Linken ihnen folgerichtig politisch zum Vorwurf machten. Von jenem Verrat 1914 her datiert denn auch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in der kommunistischen Strömung ab 1918/19 dann – neben der fortexistierenden Sozialdemokratie bestehend – ihren organisierten politischen Ausdruck fand.
4. Die Verheißungen von der neuen Gesellschaft waren seit Marx von der Vorstellung geprägt, dass Markt und Profit negativ besetzt seien und abgeschafft gehören und dass „sozialistische Planwirtschaft“ als realisierte Wissenschaft möglich sei. So hatte August Bebel – den ich hier wieder als international anerkannten Parteiführer der alten Sozialdemo-

⁹ August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1913 (nach der 50. Auflage von 1909), S. 318f.

kratie zitiere – geschrieben: „Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewusstsein lenken. In allen bisherigen Epochen handelte sie in bezug auf Produktion und Verteilung wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewusst; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis der Gesetze ihrer eigenen Entwicklung bewusst und planmäßig handeln. Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“¹⁰ Kommunistische Bewegung und alte Sozialdemokratie unterschieden sich demzufolge nicht grundlegend in ihren Vorstellungen von der ‚Gesetzmäßigkeit‘ gesellschaftlicher Entwicklung, Abschaffung von Markt und Profit usw., sondern in der Betonung der Mittel – Demokratie vs. Revolution – und in der Bewertung ihrer politischen Handlungen im und nach dem ersten Weltkrieg, was sich als eine Konfliktlinie innerhalb der deutschen Linken im Grunde bis in die Gegenwart zieht. In Bezug auf die deutsche Novemberrevolution von 1918 hat Haffner das Problem wie folgt formuliert: „Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.“¹¹ Tausende Revolutionäre wurden von den Freikorps mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteiführung umgebracht, angefangen bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die die KPD begründet hatten. Den Kommunisten diente dies dann als Vorwand, um nach 1945 in der Sowjetisch Besetzten Zone bzw. in der DDR Sozialdemokraten einzusperren und umzubringen. Analoge Auseinandersetzungen fanden in anderen europäischen Ländern statt.

5. Die russischen Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution 1917 einmal an der Macht, lösten auf Geheiß Lenins im Januar 1918 die gewählte Verfassungsgebende Versammlung Russlands auf. Damit blieb der errichteten Sowjetmacht, typologisch jeder seither errichteten Macht kommunistischen Typs, der Verzicht auf die Gewinnung der numerischen Mehrheit innerhalb der „eigenen“ Bevölkerung eingeschrieben. Rosa Luxemburg sah sehr hell-sichtig die darin für die sozialistische Bewegung liegende Gefahr und warf den Führern der russischen Revolution, Lenin und Trotzki, die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem „Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern „einer Handvoll Politiker“ führen werde.¹² In diesem gleichen Sinne schrieb später, im Jahre 1936, Leo Trotzki: „Der demokratische Zentralismus machte bürokratischem Zentralismus Platz. Der Parteiapparat selbst wurde nunmehr von oben bis unten radikal umgekrempelt. Als Haupttugend des Bolschewiken galt der Gehorsam. Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition fand eine Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte statt... Das Verbot der Oppositionsparteien zog das Verbot der Fraktionen nach sich; das Fraktionsverbot endete mit dem Verbot, anders zu denken als der unfehlbare Führer. Der Polizeimonolithismus der Partei brachte die bürokratische Straflosigkeit mit sich, die zur Quelle aller Formen der Zügellosigkeit und Zersetzung wurde.“¹³

So wurden (1) die Gemetzel des ersten Weltkrieges und die darin zum Ausdruck kommende verbrecherische Macht- und Profitgier der alten herrschenden Klassen, (2) die Marx’schen Verheißungen von der herrlichen neuen Welt nach der erfolgreichen Revolution, die die Erlö-

¹⁰ August Bebel, a.a.O., S. 508.

¹¹ Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin: Verlag 1900, 1993, S. 6.

¹² Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1974, S. 362.

¹³ Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen: Arbeiterpresse Verlag 1990, S. 111, 117.

sung von den Übeln jener kapitalistischen Welt des Krieges und der Ausbeutung bringen werde, (3) der chauvinistische Verrat der Führer der alten Sozialdemokratie, (4) die Wahrnehmung dieser drei Entwicklungen in der Perzeption jener Linken, die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, und (5) die Logik der diktatorischen Machtausübung in Russland, die nach der zahlenmäßigen Mehrheit in der herrschaftsunterworfenen Bevölkerung nicht fragte, zu Entstehungsbedingungen des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems.

Neben diesem historischen Kontext ist der systematische, typologische von Bedeutung. Die Begründung des Herrschaftssystems war und blieb immer ideologisch. Deshalb wurde dem Wort und der „richtigen“ Gesinnung stets ein zentraler Platz zugemessen, waren regelmäßige Überprüfungen der Parteimitgliedschaft, insbesondere ihrer Haltung zu den jeweiligen Verkündigungen des respektiven Generalsekretärs und Politbüros, und Parteischulung bis zum Schluss konstitutive Bestandteile der Herrschaft. Hier ist die Metamorphose des Gedankengebäudes entscheidend: Aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den „Marxismus“ der Arbeiterbewegung (siehe oben: Bebels Folgerungen zum erwarteten „Sozialismus“). War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch recht demokratisch angelegt, so formte Lenin daraus den Bolschewismus, der eine Zuspitzung hinsichtlich des Bekenntnisses zur „Diktatur des Proletariats“ und zur Verstaatlichung des Produktiveigentums darstellte und vor allem mit dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, der recht eigentlich die Abschaffung demokratischen Entscheidens innerhalb der Partei und die Etablierung einer innerparteilichen Befehlshierarchie von oben nach unten bedeutete, die Partei zu einer militärisch straff organisierten Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann „Leninismus“ und ließ die dazugehörigen vereinfachten Glaubenssätze, deren Anzahl dann schon nicht mehr sehr groß war, Ende der 1930er Jahre, in der Zeit der großen Schauprozesse, kanonisiert festschreiben.¹⁴ Die Parteiideologie der meisten herrschenden kommunistischen Parteien in Europa – außer in Titos Jugoslawien – stellte bis zum Schluss eine in je unterschiedlicher Weise gemilderte Variante jenes Kanons dar. So war geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der „Marxismus“, aus diesem der „Leninismus“ und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen. So hat Stalin mit Lenin, hat dieser mit der alten Sozialdemokratie von Bebel und Engels und haben diese mit Marx zu tun.¹⁵ Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewusst vollzogen worden.

Es gab natürlich jeweils auch andere Möglichkeiten der Interpretation und Exegese. Insofern ist die gesamte Geschichte des Parteimarxismus auch eine Geschichte geistiger und politischer Kämpfe zwischen „Rechtgläubigen“, „Orthodoxen“ und Häretikern, eine Geschichte von Inquisitionsgerichten, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender. Es war zugleich eine Geschichte von Abspaltungen. Erinnerung sei an den Streit Stalin – Tito, die Kontroversen Tito – Enver Hoxha, den Kampf Chruschtschow – Mao, der schließlich bis zu militärischen Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze eskalierte. Ulbricht wurde von Moskau aus abgelöst, als er sich als der neue Interpret des „Marxismus“ präsentierte, indem er den Realsozialismus 1967 eine „relativ selbständige sozialökonomische Formation“ nannte¹⁶,

¹⁴ Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang (1938), Berlin: Dietz Verlag 1949.

¹⁵ Vgl. Helmut Fleischer: Epochenphänomen Marxismus, Frankfurt a.M.: Materialis-Verlag 1993; Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1991.

¹⁶ Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR..., Berlin: Dietz Verlag 1969, S. 38.

während man in der KPdSU-Führung weiter vom baldigen Kommen des Kommunismus (als der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft) schwadronierte.¹⁷ Der Kampf um politische Richtungen nahm stets ideologische Formen an, wurde um Worte, Bilder und heilige Texte geführt, wie umgekehrt ideologische Unterschiede nicht ohne politische Konsequenzen blieben, die auch in der Erschießung bestehen konnten. Im Grunde muss Ideologiegeschichte des Kommunismus betrieben werden als Religionsgeschichte.

Dies allerdings ist schon bei Marx angelegt. Karl Löwith hob hervor, es sei kein Zufall, „dass der letzte Antagonismus der beiden feindlichen Lager, der Bourgeoisie und des Proletariats, dem Glauben an einen Endkampf zwischen Christus und Antichrist in der letzten Geschichtsepoche entspricht, und dass die Aufgabe des Proletariats der welthistorischen Mission des auserwählten Volkes analog ist. Die universale Erlösungsfunktion der unterdrückten Klasse entspricht der religiösen Dialektik von Kreuz und Auferstehung und die Verwandlung des Reiches der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit der Verwandlung des alten in einen neuen Äon. Der ganze Geschichtsprozess, wie er im Kommunistischen Manifest dargestellt wird, spiegelt das allgemeine Schema der jüdisch-christlichen Interpretation der Geschichte als eines providentiellen Heilsgeschehens auf ein sinnvolles Endziel hin. Der historische Materialismus ist Heilsgeschichte in der Sprache der Nationalökonomie.“¹⁸ Auch Schumpeter reihte den Marxismus unter die Religionen: „Dem Gläubigen bietet er erstens ein System von letzten Zielen, die den Sinn des Lebens enthalten und absolute Maßstäbe sind, nach welchen Ereignisse und Taten beurteilt werden können; und zweitens bietet er sich als Führer zu jenen Zielen, was gleichbedeutend ist mit einem Erlösungsplan und mit der Aufdeckung des Übels, von dem die Menschheit oder ein auserwählter Teil der Menschheit erlöst werden soll... Einfach das Ziel zu predigen, wäre wirkungslos geblieben; eine Analyse des sozialen Prozesses hätte nur ein paar hundert Spezialisten interessiert. Aber im Kleid des Analytikers zu predigen und mit einem Blick auf die Bedürfnisse des Herzens zu analysieren, dies schuf eine leidenschaftliche Anhängerschaft und gab dem Marxisten jenes größte Geschenk, das in der Überzeugung besteht, dass das, was man ist und wofür man einsteht, niemals unterliegen, sondern am Ende siegreich sein wird.“¹⁹

Konstituierende Elemente des kommunistischen Herrschaftssystems waren daher:

1. Die utopische Verheißung von der schönen neuen Welt, die grundlegend unterschieden sei von der des schnöden Kapitalismus und die hier und jetzt begonnen habe, blieb Moment des kommunistischen Herrschaftssystems bis zu seinem Dahinscheiden. Es war seine unhintergehbare Letztbegründung.
2. Die kommunistische Staatspartei leitete ihr Selbstverständnis daraus ab: (1) ‚gesetzmäßig‘ vollziehe sich der ‚Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus‘; dies sozial zu tragen sei (2) die ‚historische Mission‘ der Arbeiterklasse; es politisch zu realisieren sei (3) Auftrag der kommunistischen Staatspartei, die sich als ‚der bewusste und organisierte Vor-

¹⁷ Hier sei daran erinnert, dass im Unterschied zu der von mir verwendeten Begrifflichkeit von *Sozialismus* und *Kommunismus* (Fußnote 3) der Parteimarxismus von Marx und Engels bis zu Stalin und seinen Nachfolgern den „Sozialismus“ als erste, niedere Phase einer einheitlich gedachten „kommunistischen Gesellschaftsformation“ vorstellte. Insofern waren die Auseinandersetzungen darum, was denn „Sozialismus“ sei, von zentraler Bedeutung – wie im alten Christentum die Frage nach Maria als „Gottesgebälerin“.

¹⁸ Karl Löwith: *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie*, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 1990, S. 48.

¹⁹ Joseph A. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen: Francke Verlag 1987, S. 19, 21.

trupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“²⁰ definierte. Sie war in der Lenin-schen Tradition (4) nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ hierarchisch von oben nach unten organisiert. Das hatte zur Folge, dass die Parteiführung auf demokrati-schem, statuarischem Wege nicht absetzbar war. Politische Kämpfe hatten die Gestalt by-zantinischer Palastrevolten, in deren Ergebnis – bis auf Chruschtschow – die unterlegene Seite in der Regel erschossen wurde. Später dann verschwanden die Unterlegenen im poli-tischen Nichts, Chruschtschow in seiner Moskauer Wohnung mit Verbot, öffentlich aufzu-treten, zuvor Molotow auf dem Botschafterposten in Ulan Bator.

3. Da die Politik der Partei die einzig wahre Realisation historischer Gesetzmäßigkeiten zu verkörpern beanspruchte, stand nie Politik als solche zur Debatte, sondern immer nur die Umsetzung des ‚richtigen‘ Kurses. Insofern wurde jede Form von tatsächlicher Gewalten-teilung abgeschafft. (Ihre partielle Einführung, etwa in Gestalt von Verwaltungsgerichts-barkeit in Polen in den 1980er Jahren, war bereits eine Rückzugsoperation, die der Schwäche der Partei im Angesicht von Solidarnosc geschuldet war.) Das höchste Organ der Partei, das Politbüro, war oberste Exekutive, oberste Legislative, oberste Judikative und oberste Glaubens-Kongregation in einem. Das Politikverständnis blieb instrumentell. Die Wissenschaft, zumal im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die nun Herr-schaftswissenschaften waren, mit der Philosophie an der Spitze, sollte dem Prinzip der ‚Parteilichkeit der Wissenschaft‘ subordiniert sein.
4. In diesem Sinne stellte sich die Partei mit ihrer ‚führenden Rolle‘ auch staatsrechtlich ver-ankert über die Verfassungsordnung. So hieß es im Art. 1 der Verfassung der DDR (von 1974), dass die DDR „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ sei.²¹ Das mo-nistische Herrschaftssystem war mit seinen Staatsorganen um die Partei gruppiert und sei-nerseits nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ aufgebaut, in der DDR war dies im Art. 47 der Verfassung ausdrücklich festgelegt.²² Auch zum Recht war das Ver-hältnis instrumentell. Regulative Idee war nicht der Rechtsstaat, die Herrschaft des Rechts, sondern die von Staat und Recht als ‚Machtinstrument der herrschenden Klasse‘, praktisch des Politbüros.
5. Da Kapitalismus, und mit ihm der Profit, beseitigt sein sollte, wurden auch Basisinstituti-onen der Moderne wie Zins, Kredit usw. abgeschafft, was letztlich dazu führte, dass ‚sozi-alistische Planwirtschaft‘ vordergründig als Zuteilung von materiellen Ressourcen und Er-teilung von Produktionsaufträgen der Zentrale (d.h. des Politbüros als des einzig autorisier-ten Akteurs) an die Betriebe umzusetzen versucht wurde. Auch dort, wo mit finanziellen Steuerungsinstrumenten experimentiert wurde, wie in Ungarn, verzichtete die politische Führung letztlich nicht auf den Zugriff auf die Ressourcen; die Wirtschaftsreformen fan-den stets dort ihre Grenze, wo die Betriebe wirklich die Kompetenzen zur Preisbildung, Lohnfestlegung und Entlassung hätten erhalten sollen. Die Unterordnung der Produktion unter die politische Führung hatte schließlich zur Folge, dass niemand eine wirkliche Kos-ten-Nutzen-Rechnung der Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige bzw. Un-ternehmen anstellen konnte. Technische Innovation wurde erschwert. Die wirtschaftspoli-tischen Spielräume verengten sich immer mehr. Westliche Kredite sollten seit den 1970er Jahren die Engpässe ausgleichen. Am Ende stieg die Verschuldung, im Falle der DDR von

²⁰ So bis zum Schluss im Statut der SED. Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitag-es der SED, 18.-22. Mai 1976, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1976, S. 267.

²¹ Verfassung der DDR, Berlin: Staatsverlag der DDR 1974, S. 9. Ähnliche Formulierungen enthielten die Verfassungen auch der anderen kommunistischen Staaten.

²² Ebenda, S. 43.

zwei Mrd. „Valutamark“ (= DM), die Ulbricht hinterließ, auf etwa zwanzig Mrd. Ende 1989 (Bericht der Deutschen Bundesbank, 1999).

6. Da das beschriebene Gefüge – Anspruch, eine ‚historische Mission‘ zu realisieren, eine ‚führende Rolle‘ zu spielen, immer recht zu haben, als der eigentliche Besitzer über die gesamte Volkswirtschaft zu verfügen, in der zugleich wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung verunmöglicht war – in jedem kommunistischen Land bestand, bewirkte dies, dass sich im kommunistischen Staatengefüge unterschiedliche, in sich geschlossene Staatsgebilde bzw. Nationalwirtschaften gegenüberstanden. Tatsächliche Preisbildung, wirkliche Integration fand nicht statt, weder politisch, noch wirtschaftlich. Bis zum Schluss wurde im RGW bilateral bilanziert, konnten Guthaben Ungarns gegenüber der DDR nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion verrechnet werden. Wenn weltwirtschaftliche Arbeitsteilung unter der Voraussetzung der Moderne Entwicklungsstimuli freisetzen kann, was schon Marx wußte, so hatte das kommunistische System darauf verzichtet. Das Herrschaftssystem in seiner real existierenden Gestalt stand dem entgegen. Von einer Überlegenheit gegenüber den kapitalistischen Ländern des Westens konnte keine Rede sein. Die „sozialistischen Staaten“ versuchten zwar, einer anderen Logik als der kapitalistischen zu folgen, befanden sich jedoch faktisch stets „innerhalb eines Weltsystems, das kapitalistischer Logik folgt“. Sie haben nie ein alternatives historisches System dargestellt, sondern „stets innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Weltwirtschaft“ operiert, gebunden an dessen Funktionsmechanismen.²³

Erosion der Herrschaft

Die Art und Weise des Zusammenbruchs des kommunistischen Herrschaftssystems 1989/1991 ist nur zu verstehen, wenn die Eigenheiten dieses Systems in den Blick genommen werden. Seine Erosion vollzog sich schrittweise, in einem Wechselspiel zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, der Spitzenbürokratie, die sich als „Neue Klasse“²⁴ hinter dem Rücken des Volkes konstituiert hatte, und dem herrschaftsunterworfenen Volk. Der Realsozialismus zielte – nach eigenem Bekunden – auf die Herstellung von Gleichheit unter der Voraussetzung der Herrschaft der Partei, die „immer recht“ hat, und der Schaffung des „gesamtgesellschaftlichen“, praktisch staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln der respektiven Gesellschaft. Unter der dichotomischen Annahme des Klassenantagonismus konnte es gesellschaftliche Organisiertheit nur im Sinne des realsozialistischen Systems geben.²⁵ Faktisch wurde daraus die Herrschaft der Spitzen-Nomenklatura; schon unter der Perspektive der Reproduktion des Mangels durch das geschaffene Planwirtschaftssystem: „Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen. So erwächst aus dem sozialen Bedürfnis ein Organ, das über die gesellschaftlich notwendige Funktion weit hinauswächst“, schrieb Trotzki bereits

²³ Immanuel Wallerstein: Utopistik, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 18, 80.

²⁴ Ich folge hier der Begrifflichkeit und dem analytischen Verständnis von Milovan Djilas, in: Ders.: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München: Kindler Verlag 1957.

²⁵ So wurde im Nachschlagewerk „Kleines Politisches Wörterbuch“, Dietz Verlag Berlin, noch in der Ausgabe von 1985 unter dem Stichwort: „politisches System des Sozialismus“ definiert: „gemeinsames politisches Wirken der unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu einem einheitlichen Komplex organisch verbundenen (vereinigten) staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und Bewegungen der Werktätigen... mit dem Ziel der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des Aufbaus des Kommunismus“ (S. 744).

über die Sowjetunion der 1930er Jahre, und er fügte hinzu: „Limousinen für die ‚Aktivisten‘, gute Parfums für ‚unsere Frauen‘, Margarine für die Arbeiter, ‚Lux‘-Läden für die Vornehmen, der Anblick der Delikatessen durch die Schaufensterscheiben für den Pöbel – so ein Sozialismus muss den Massen wie ein gewendeter Kapitalismus erscheinen.“²⁶ Das galt für die Gesellschaften des Realsozialismus, wenngleich in unterschiedlicher Ausformung je nach nationaler Besonderheit und historischem Zeitpunkt, im Grunde alle und bis zu ihrem Ende 1989/1991, soll hier aber nicht weiter thematisiert werden.

Bereits frühzeitig machte sich die marxistische Kritik an der Heraussonderung dieser Klasse aus der kommunistischen Partei fest. „Der Stalinismus ist die Geißel der Sowjetunion geworden und die Pest der internationalen Arbeiterbewegung“, schrieb Trotzki im Jahre 1937. „Im Reiche des Geistes ist der Stalinismus ein Nichts. Dafür aber ist er ein grandioser Apparat, der die Dynamik der größten Revolution und die Tradition ihres Heroismus und ihres Sieges ausbeutet. Aus der schöpferischen Rolle der revolutionären Gewalt in einer bestimmten historischen Periode hat Stalin mit der ihn kennzeichnenden empirischen Beschränktheit die Schlussfolgerung gezogen von der Allmacht der Gewalt überhaupt. Unmerklich für ihn selbst ist er von der revolutionären Gewalt der Werktätigen gegen die Ausbeuter zur konterrevolutionären Gewalt gegen die Werktätigen übergegangen. So vollzieht sich unter den alten Namen und Formeln eine Arbeit zur Liquidierung der Oktoberrevolution... Der Sozialismus bedeutet eine absolut klare Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Regierer gegen die Regierten. Der Sozialismus bedeutet ständiges Wachsen der Gleichheit aller. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien aufgebaut. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit als Ziel. Wo und wann war die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR?“²⁷ Die reale Macht liegt in den Händen jener Spitzenbürokratie. Trotzki nennt sie, in Anlehnung an die Entwicklungszyklen der französischen Revolution von 1789, eine „Bonapartistische Macht“. Erwachsen sei sie „aus dem tiefgehenden Gegensatz zwischen Bürokratie und Volk wie aus dem Gegensatz zwischen den Revolutionären und den Thermidorianern innerhalb der Bürokratie. Stalin stützte sich bei seinem Aufstieg vorwiegend auf die Bürokratie gegen das Volk, auf die Thermidorianer gegen die Revolutionäre. Aber in gewissen kritischen Augenblicken war er gezwungen, Unterstützung bei den revolutionären Elementen zu suchen und mit deren Hilfe beim Volk gegen den zu ungeduldrigen Angriff der Privilegierten.“²⁸

Auf die innere Logik dieser Entwicklung werden wir noch zurückkommen. Hier sei zunächst zweierlei vermerkt. Erstens musste die Errichtung der Macht dieser „Neuen Klasse“ hinter dem Rücken des Volkes und im Namen der Revolution und des Kommunismus erfolgen. (Ich setze hier meine sozialwissenschaftliche Terminologie an die Stelle der politischen Trotzki's; wo er „Sozialismus“ schreibt, meint er das, was hier die kommunistische Herrschaft genannt wird.) Es war dies Grundbedingung jener Macht überhaupt. Die zuweilen anzutreffenden ideologischen Attacken der stalinistischen Ideologen gegen Djilas und Trotzki während der Breshnewtschina in Sachen „Neue Klasse“ waren stets nur grobe verbale Verunglimpfungen, ohne jede Argumentation. In der Sache mühte man sich, eine Debatte zu dieser Problematik zu vermeiden. Erst in der Zeit der Perestroika wurde in der sowjetischen öffentlichen Diskussion das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten offen thematisiert. So meinte Anatoli Butenko, dass der Realsozialismus eine Festigung der Demokratie ebenso brauche wie eine Stärkung des Zentralismus, am Ende jedoch die „Kontrolle der Massen“ über die Regierenden verstärkt werden müsse.²⁹ Es war dies das größte Dilemma der „Neuen Klasse“ in der finalen

²⁶ Leo Trotzki: Verratene Revolution, S. 125, 131.

²⁷ Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, Berlin: Dietz Verlag 1990, S. 323f.

²⁸ Ebenda, S. 326f.

²⁹ A. P. Butenko: Sovremennyj socialism. Voprosy teorii, Moskau: Politizdat 1989, S. 111.

Krise des Herrschaftssystems: sie konnte sich ihres speziellen Eigeninteresses nicht wirklich bewusst werden, und wenn es einzelne ihrer Vertreter denn getan hatten, mussten sie dieses verbergen, es hinter dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft zu verschanzen suchen und sich als der Sachwalter dieser allgemeinen Interessen darstellen. (In gewissem Sinne ist die Heraussonderung der „Neuen Russen“, der neuen Kapitalistenklasse in Russland und anderen post-sowjetischen Ländern aus der Parteionomenklatura heraus die Umsetzung jenes Eigeninteresses. Das erklärt im Gegenzug, weshalb die Personen des neoliberalen Macht- und Eigentumskomplexes in Nordamerika und Westeuropa jene Eigentümer im Osten nach wie vor als Fremde ansehen und ihnen auch nach zwanzig Jahren vielfach ablehnend gegenüberstehen.) Zweitens ging schon Trotzki davon aus, dass es sich hier um eine Fehlentwicklung handele, die den eigentlichen Kommunismus entstellt habe. Das heißt, in seiner Vorstellung existierte weiterhin der wirkliche, gute Kommunismus im Sinne von Marx und Lenin, den es gegen die Angriffe der stalinistischen Bürokratie zu verteidigen gelte. Dies war auch die Herangehensweise des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) an das Problem des Stalinschen Herrschaftssystems. Es wurde parteioffiziell auf eine Frage des „Personenkultes“ um die Person Stalins reduziert. Einige Monate später hieß es, da offensichtlich doch Verunsicherung im In- und Ausland um sich gegriffen hatte, nochmals nachdrücklich in einem Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU: „Trotz allem Schaden, den der Personenkult um Stalin der Partei und dem Volke zugefügt hat, konnte er die Natur unserer Gesellschaftsordnung nicht ändern und hat sie auch nicht geändert.“³⁰ Die Frage nach den systemischen Ursachen sollte ungestellt bleiben, das stalinistische Herrschaftssystem als Entartung, nicht als im Wesen der Ordnung angelegt erscheinen. Lediglich der damals bekannte Führer der italienischen Kommunisten, Palmiro Togliatti, hatte in seinem „Memorandum“ aus Jalta, kurz vor seinem Tode im August 1964 verfasst, diese Systemfrage sehr, sehr vorsichtig angedeutet: „Die Kritik an Stalin, das darf man nicht verhehlen, hat recht tiefe Spuren hinterlassen. Am schwerwiegendsten ist eine gewisse Portion von Skeptizismus, mit der auch uns nahestehende Kreise Berichte über neue wirtschaftliche und politische Erfolge aufnehmen. Darüber hinaus wird im allgemeinen das Problem der Ursachen des Kultes um Stalin sowie der Art und Weise, wie er entstehen konnte, als ungelöst betrachtet. Man akzeptiert nicht, dass alles nur mit den ernststen persönlichen Fehlern Stalins erklärt wird.“³¹

Die Frage blieb unbeantwortet, zumindest in Kreisen der herrschenden Kommunisten und der internationalen kommunistischen Bewegung. Der Diskurs, ob und inwiefern die seit Marx gepflegten Annahmen über die schöne kommunistische Welt nach dem Fegefeuer der Revolution tatsächlich umsetzbar waren, blieb aus dieser Perspektive ein bürgerlicher Diskurs, ein fremder, feindlicher, jedenfalls war es nicht der eigene. So wurde noch in der Programmerkklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU (Juli 1990) formuliert: „Der tieferliegende Ursprung der Krise liegt nicht in der Unvollkommenheit der Idee des Sozialismus als solcher, sondern in jenen Deformationen, denen diese Idee in der Vergangenheit ausgesetzt war.“³² Folgerichtig hieß es dann: „Das Wesen der Umgestaltungspolitik besteht im Übergang von der autoritär-bürokratischen Gesellschaftsordnung zur Gesellschaft eines humanen, demokratischen

³⁰ Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen. Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU vom 30. Juni 1956, in: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin: Dietz Verlag 1990, S. 81.

³¹ Palmiro Togliatti: Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit. Jalta. August 1964, in: Ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin: Dietz Verlag 1977, S. 778.

³² Zu einem humanen, demokratischen Sozialismus. Programmerkklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU, in: Dokumente und Materialien. XXVIII. Parteitag der KPdSU, Moskau: Novosti 1990, S. 75.

Sozialismus... Die KPdSU ist eine Partei der sozialistischen Wahl und der kommunistischen Perspektive. Wir betrachten diese Perspektive als naturhistorische Ausrichtung der Entwicklung der Zivilisation.“³³ Das bedeutet, dass die entscheidenden Kreise des Übergangs auf der Seite der Systemelite³⁴ ursprünglich nicht unter der Voraussetzung handelten, das kommunistische System aufgeben oder abwickeln zu sollen, sondern es zu erneuern. Deshalb das große Verwundern, etwa unter den Reformern aus der vormaligen Staatspartei in Ungarn Anfang der 1990er Jahre, dass der Systemwandel zum Systemwechsel geraten war. Bei manchen früheren Akteuren kommt die nachträgliche Rationalisierung dann darin zum Ausdruck, dass erklärt wird, man habe bei Spaziergängen über den Höhen des Kaukasus schon Anfang der 1970er Jahre beschlossen, jenes stalinistische System abzuschaffen. Aus den zeitgenössischen Bekundungen ist derlei nicht zu entnehmen. Bei allem Zynismus, der bei kommunistischen Machthabern zumal in jener Spätzeit anzutreffen war, am Ende blieb ihr Denken im Rahmen des parteimarkistischen Weltbildes. Sie handelten unter der Voraussetzung, dass es nicht um die Abschaffung, sondern um die Erneuerung „des Sozialismus“ ging.

Die tatsächlichen Entwicklungen in den kommunistischen Ländern wiesen in den 1980er Jahren jedoch längst über die Problemlösungskapazitäten des kommunistischen Herrschaftssystems hinaus. Insbesondere vier Grundprobleme traten hervor und entfalteten ihre Wirkung: 1. Die Ursprungsannahme von der naturhistorischen Notwendigkeit des Kommunismus war aus der Marx'schen Kapitalismus-Analyse hergeleitet und vermeinte, dass „der Kapitalismus“ die von ihm selbst geschaffenen Produktivkräfte von einem bestimmten Entwicklungsniveau an nicht mehr meistern könne und daher neue Produktionsverhältnisse notwendig würden. Nach verschiedenen politischen und intellektuellen Volten setzte sich in der kommunistischen Bewegung schließlich Stalins These vom „Sozialismus in einem Land“ gegen Trotzki's Annahme, dass der Kommunismus nur mittels der Weltrevolution realisierbar sei, durch. Da das real existierende Russland, was jeder sehen konnte, nicht jene höchste Produktivität hatte, die Marx als Voraussetzung für die neue Gesellschaft angesehen hatte, lieferten die herrschenden Kommunisten Russlands ihre Lesart nach: Man werde die bereits errichtete Macht nutzen, um Sowjetrußland an die Spitze der modernen Technik in der Welt zu bringen. Es blieb aber das definitive Diktum Lenins: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.“³⁵ Insofern galt die Industrialisierung der Sowjetunion aus der Sicht der Kommunisten als Bekräftigung der Richtigkeit der kommunistischen Macht. Neben den Arbeitsarmeen Strafgefangener war die utopische Kraft dieser Verheißung eine wesentliche Bedingung für die zunächst erzielten Erfolge, in der Sowjetunion wie nach dem zweiten Weltkrieg in den anderen kommunistischen Ländern. Deshalb hob die sowjetische Propaganda die Bedeutung des ersten Sputniks (1957) und des ersten Menschen im All (1961) so besonders heraus. Der Westen empfand dies folgerichtig als Niederlagen in der Systemkonkurrenz und setzte seinerseits auf den ersten Menschen auf dem Mond, was, nachdem die USA dies geschafft hatten, wiederum die sowjetische Führung als Schlappe betrachtete. Es war kein Zufall, dass die Abschwächung der Wirtschaftsdaten der osteuropäischen Länder in den 1970er Jahren einsetzt: In der Phase fordistischer Großinvestitionen konnte der Kommunismus sichtbare wirtschaftliche Zuwächse erreichen; als es um Computer, Fax und kleinteilige Serien in der Produktion ging, zeigten alle Daten den Rückgang. Das Herrschaftssys-

³³ Ebenda, S. 78f.

³⁴ Ich verwende diesen Terminus im Sinne der einschlägigen Transformationsliteratur in einem soziologischen Sinne, nicht als Wertbegriff.

³⁵ W.I. Lenin: Die große Initiative, in: Ders.: Werke, Bd. 29, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 416.

tem stand der Produktivität im Wege. Die hohe Zentralisierung der strategischen Entscheidungen, die Dominanz politischer Erwägungen gegenüber wirtschaftlicher Rationalität verhinderten eine Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungen auf die Produzenten, die Betriebe, und dies angesichts fehlender Kosten-Nutzen-Rechnung. In einem Zeitalter, da Informationen immer drängender Voraussetzung von Produktivität wurden, musste ein System, das die Zuteilung von Information je nach Loyalität und Platz in der Macht- und Gesellschaftspyramide als Herrschaftsinstrument zur Voraussetzung hatte, immer deutlicher ins Hintertreffen geraten. Es blieb aber Lenins Wort von der Rolle der Arbeitsproduktivität. Es wurde im Parteilehrjahr unablässig wiederholt, aber nicht einmal mehr von den Lehrenden geglaubt. Der utopische Gehalt des Kommunismus war erschöpft. So hat jenes Herrschafts- und Gesellschaftssystem gerade auf dem Felde „letztlich“ seine Niederlage erlitten, aus dem es ursprünglich seine historische Existenzberechtigung abgeleitet hatte..

2. Das Herrschaftssystem, das seine Legitimation immer aus den Verheißungen des „Kommunistischen Manifests“ zu ziehen versuchte, fragte nicht nach der zahlenmäßigen Zustimmung in der Gesellschaft. Die Auflösung der *Konstituierenden Versammlung* durch die Bolschewiki im Januar 1918 markierte – wie beschrieben – den historischen Verzicht der Kommunisten, in freien Wahlen Mehrheiten erreichen zu wollen. Es bedeutete zugleich die Abschaffung freier Medien und die Beseitigung einer wirklichen Öffentlichkeit. Aufstiegskanäle waren an politische bzw. ideologische Loyalitäten gebunden. Es stimmt nicht, wenn seit 1989 immer wieder behauptet wurde, in den kommunistischen Staaten seien nur ideologische Dummköpfe in Positionen gewesen, die fachlich keine Ahnung hatten. Dennoch waren ideologische Kriterien stets Zugangsbedingung für wesentliche Positionen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Da alle wichtigen Personalfragen über die Staatspartei geregelt wurden, war Konkurrenz um Posten weitgehend ausgeschlossen. Im Ergebnis dessen gab es in den 1980er Jahren in allen kommunistischen Staaten Osteuropas ein Eliten-Problem: viele gut qualifizierte, meist jüngere Leute, deren Qualifikation nicht wirklich gebraucht wurde, denen Aufstiegsmöglichkeiten und Selbstverwirklichung außerhalb des offiziellen Rahmens verschlossen waren. Von hier rekrutierten sich dann die Akteure der Systemopposition, die den Herbst 1989 und die Folgeentwicklung bestimmen sollten.

3. Dies verband sich zugleich mit einem immer offensichtlicheren Demokratie-Problem: die kommunistischen Verheißungen hatten sich in den 1980er Jahren zunehmend auch für jene als Illusion erwiesen, die zuvor das System getragen hatten. Damit war die offizielle Legitimationsgrundlage der *führenden Rolle* der kommunistischen Staatspartei, nämlich mit dem *Marxismus-Leninismus* immer alles besser zu wissen, als andere Menschen, zerbrochen. Immer mehr Menschen forderten die Einführung der Demokratie als Grundlage politischer Entscheidungsfindung, für die wiederum die persönliche Freiheit und eine unregulierte politische Öffentlichkeit Voraussetzung waren.

4. Der sowjetische Afghanistan-Krieg hatte zunehmend auch die Friedensrhetorik des kommunistischen Systems bloßgestellt. Damit konnten auch Forderungen in Polen und Ungarn, die „Jalta“, d.h. die geopolitische Subordination unter Moskau im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, in Frage stellen, zunehmend offener diskutiert werden. Insbesondere für die ostmitteleuropäischen Länder – Polen, Ungarn und Tschechien – war „Zurück nach Europa“ eine zentrale Forderung des Umbruchs. Sie war stets auch kulturell gemeint, nicht nur auf den Wohlstand bezogen.

Gorbatschow wollte der Sowjetunion Erleichterung verschaffen, durch Abrüstung im Verhältnis zum Westen und durch *Perestrojka* und *Glasnost* im eigenen Herrschaftsbereich. Ziel war eine Reform des kommunistischen Systems (nicht seine Abschaffung). Letztere mündete jedoch in die Unabhängigkeit zunächst der anderen Staaten des äußeren Imperiums. Dass dies im Wesen friedlich verlief, war vor allem Folge des politischen Handelns der damaligen Moskauer Führung unter Gorbatschow im Unterschied zu Stalin oder Breshnew. Durch den

Prozess der deutschen Vereinigung wurde die Idee der nationalen Unabhängigkeit im Osten gefördert. Sie mündete schließlich in den Zerfall der multinationalen Staaten: Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien. Das wichtigste politische Ergebnis des Systemumbruchs sind das Ende des Ost-West-Konflikts und die – in der „Charta von Paris“ der KSZE 1990 festgeschriebene – europaweite Übereinstimmung, dass Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft gemeinsame Grundlagen des Zusammenlebens in Europa bilden sollen.

Die Entwicklungen in der DDR

Anhand der Entwicklungen in der DDR will ich den Verlauf des Zusammenbruchs des kommunistischen Herrschaftssystems und seine Akteure ausführlicher beschreiben. Zunächst zur Erinnerung: Das kommunistische Herrschaftssystem lief auf die Abschaffung der Demokratie hinaus, musste zu einem „Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ und schließlich zu einer Diktatur führen, nicht des Proletariats, sondern eben – wie Rosa Luxemburg den russischen Kommunisten bereits 1918 vorwarf – „einer Handvoll Politiker“.³⁶ Dieses politische System, das Stalin sich mit dem Bild von „Transmissionsriemen“ vorzustellen versucht hatte, beschrieb Trotzki wie folgt: „Die ehemalige Kommunistische Partei ist heute nicht die Vorhut des Proletariats, sondern die politische Organisation der Bürokratie. Die restliche Masse der Partei- und Komsomolmitglieder dient nur zur Aussonderung des ‚Aktivs‘, d.h. als Reserve für die Selbsterneuerung der Bürokratie. Denselben Zielen dient auch das parteilose ‚Aktiv‘.“³⁷ Die Beseitigung einer Sphäre eigenständiger und sozial abgestützter Interessensartikulation und -wahrnehmung, die allenthalben nach dem Ende des Realsozialismus als Fehlen einer intermediären Sphäre oder als „Leere zwischen dem Staat und dem Volk“³⁸ wahrgenommen wurde, war so systembedingt beabsichtigt und folgerichtig und für die Verlaufsformen der „Wende“ in vielem konstitutiv.

Autonome, eigengeleitete Aktivitäten von politisch relevanten Akteuren kamen unter diesen Bedingungen nur auf zweierlei Wegen zustande. Erstens in Bereichen der Gesellschaft, die der Partei und ihren Organisationen vergleichsweise fernstanden, von dieser nicht offen durchherrscht werden konnten und in gewisser Weise Eigenständigkeit zu bewahren imstande waren. Idealerweise waren dies die Kirchen und unter ihrem Dach arbeitende Gruppen, etwa in Polen die katholische und in der DDR die evangelische Kirche. Ihre Spielräume waren gleichsam die Kehrseite des Eingeständnisses der kommunistischen Staatspartei, ihr Wahrheits- und Herrschaftsmonopol nicht in vollem Maße durchsetzen zu können – in Polen nach den Volksaufständen von 1956, in der DDR angesichts der deutschen Zweistaatlichkeit und des 17. Juni 1953, nach dem bekanntlich das Politbüro des ZK der SED die vorher praktizierten Repressionen gegen die Junge Gemeinde einzustellen sich genötigt sah. (Im Gegensatz dazu hatte Enver Hoxha in Albanien öffentliche Religionsausübung schlichtweg verbieten und aus den Moscheen Lagerhallen machen oder sie anderen profanen Zwecken zuführen lassen.)

³⁶ Rosa Luxemburg, a.a.O. (FN 12). Karl Kautsky hatte in diesem Sinne nur wenige Jahre später resümiert: „Wie immer die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein mag, sie wird sich nur dann behaupten, nur dann ihrer großen historischen Aufgabe gerecht werden, die Errungenschaften des Kapitalismus zu höheren Lebensformen zu entwickeln, wenn sie der Gesamtheit der Menschheit nicht bloß Brot und Sicherheit der Existenz bringt, sondern auch Kultur und Freiheit.“ In: Ders: Die proletarische Revolution und ihr Programm, Stuttgart, Berlin: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1922, S. 338.

³⁷ Leo Trotzki: Verratene Revolution, S. 148.

³⁸ Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, S. 99.

Zweitens unterlagen auch die Aktivitäten innerhalb der hierarchischen Strukturen des politischen Systems Wandlungen, beginnend innerhalb der Partei. Anhand der Geschichte der kommunistischen Parteien ist dies deutlich nachvollziehbar. Als die Kommunisten sich in Deutschland, zumal der Sowjetisch Besetzten Zone, ab 1945 neu öffentlich formierten, wurden sie, trotz aller durchlittenen Repressalien in der Nazizeit, vielerlei Überprüfungen und dann der Schulung unterzogen, um sie auf den Kurs der aus Moskau kommenden Führung zu bringen.³⁹ Die Geschichte der stalinistischen Repressionen im Osten Deutschlands ist 1945 beginnend auch eine Geschichte von Repressionen gegen Kommunisten, die anders dachten oder handeln wollten, als die Ulbricht'sche Parteiführung. Verstärkt wurde dies vor und nach dem „Vereinigungsparteitag“ 1946 dann durch die Unterdrückung von Sozialdemokraten, die gegen den Zusammenschluss der Parteien zu kommunistischen Bedingungen und dann gegen die „Kommunisierung“ der Partei eingestellt waren. Nach der Durchsetzung des Kurses zur „Partei neuen Typus“ 1948/49, verbunden mit dem obligatorischen Studium des „Kurzen Lehrganges“ in allen Parteigliederungen, war dann die Stalinisierung der SED vollendet. Das soll hier ebenfalls nicht zeitgeschichtlich nachvollzogen werden. Wichtig ist: das System von Drohung und Belohnung begann schon innerhalb der Partei. Allerdings hatte es hier die Besonderheit der „Selbsterwerfung unter Unsere Sache“⁴⁰, weil – abgesehen von den wirklichen Karrieristen – viele um eines „sozialistischen Ideals“ in diese Partei eintraten und die Zumutungen des real existierenden Sozialismus ertrugen, oder daran zerbrachen, in der Hoffnung, dass daraus dereinst ein ‚wirklicher‘ oder ‚besserer Sozialismus‘ hervorgehen werde. Auch hier zeigte sich, dass immer dann, wenn das Herrschaftssystem in eine Krise geriet oder eine Schwächephase durchlief – in der DDR etwa nach dem 17. Juni 1953 und nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 – die mehr oder weniger offenen Diskussionen schon innerhalb der SED aufbrachen, die nicht mehr von der Parteiführung kontrolliert werden konnten bzw. erst nach mehreren ideologischen Volten und der exemplarischen Inhaftierung als „Feinde“ entlarvter „Genossen“ wieder unter Kontrolle gebracht wurden. Da die Beaufsichtigung der „Massenorganisationen“ durch die Partei von der aktiven Kontroll-Tätigkeit der Mitglieder und Gremien der SED auf den verschiedenen Ebenen abhing, setzte sich diese Diskussionserweiterung dort fort. Auch hier war die Erweiterung von Spielräumen die Kehr-

³⁹ August Thalheimer und Heinrich Brandler, die 1928 die KPD (Opposition) gegründet hatten und von der KPD bzw. der KPdSU und der Komintern bekämpft wurden, erhielten nach 1945 auch keine Einreise nach Deutschland. In ihren „Internationalen monatlichen Übersichten“, die 1945 bis 1948, bis zum Tode Thalheimers, nach Deutschland geschickt wurden, versuchten sie, einen eigenen kommunistischen Kurs zu formulieren. So hieß es etwa in der „Übersicht über Dezember 1947“: „Die angelsächsische Propaganda rühmt sich, dass sie die ‚kommunistische Welle‘ in West- und Teilen Mitteleuropas zum Stehen gebracht habe. Es ist nicht zu bestreiten, dass hier der amerikanische Dollar und die amerikanische Propaganda erheblich in die Waagschale gefallen sind. Aber nicht zuletzt auch die eigenen schweren Fehler der russischen Politik und der der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetsphäre. Nirgends außerhalb der Sowjetsphäre in Europa sind die großen revolutionären Ansätze und Möglichkeiten, die bei Kriegsende vorhanden waren, wirklich ausgenutzt worden.“ (Westblock – Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente, Hamburg: GFSA 1992, S. 273.) Eine solche Position zu jener Zeit in der SED zu vertreten, hätte nicht nur den Parteiausschluss, sondern drakonische unangenehme Vergewaltigungen zur Folge gehabt.

⁴⁰ Siehe: Erhard Crome: Selbsterwerfung unter „Unsere Sache“, in: Berliner Debatte Initial, Heft 6/1994, S. 39ff.

seite von struktureller oder zeitweiliger Schwäche der kommunistischen Staatspartei, ihr Wahrheits- und Herrschaftsmonopol nicht in vollem Maße durchsetzen zu können. Angesichts der Eigenarten des kommunistischen Herrschaftssystems, der Abschaffung von Öffentlichkeit, der Atomisierung bzw. Entdifferenzierung der Gesellschaft und ihrer eingebetteten Sozialverhältnisse kam den Diskursstrukturen eine herausgehobene Rolle zu. Affirmation und Distinktion im Verhältnis zum kommunistischen Herrschaftssystem erfolgten typologisch wesentlich auf dem Wege „kultureller Inszenierungen“.⁴¹ Dennoch vollzog sich dies auch in der DDR nicht voraussetzungslos, wirkten unterschiedliche Sozialisationserfahrungen auf die Formierung der politischen Generationen ein. Allerdings waren die – heute nur noch im Nachgang zu rekonstruierenden – Diskursstrukturen solche von Intellektuellen, die mit dem Arbeitermilieu in der DDR nicht eigentlich verbunden waren. Mit dem Arbeiteraufstand 1953 hatten sich die Intellektuellen nicht solidarisiert. Sigrud Meuschel meinte, dass sie dies deshalb nicht getan hatten, weil sie „unter dem Trauma des Nationalsozialismus“ standen und „sich eher mit einer Partei, deren Antifaschismus sie teilten (wie sehr er auch zur Rhetorik verkommen war),“ solidarisierten, „als mit einer Gesellschaft, der sie nicht trauten“.⁴² In ähnlichem Sinne hält Wolfgang Engler den auf 1953 datierten Bruch zwischen kritischen Intellektuellen und Arbeiterschaft für das eigentliche Problem der DDR-Geschichte.⁴³ Dass die beiden, im Herbst 1989 relevanten Fraktionen von Intellektuellen, er nennt sie „Aussteiger“ und „Reformer“, dann „den Aufgaben, die ihnen die Zeit des Umbruchs stellte, nicht gewachsen“ waren,⁴⁴ hing vor allem damit zusammen, dass sie die ‚schweigende Mehrheit‘ nicht zu verstehen und nicht zu vertreten vermochten.

Die politischen Generationen in der DDR

Zu den Eigenheiten der Umbruchsituation 1989/90 gehörte, dass die Identifikation von politischen Akteuren und dann Wählern mit bestimmten politischen Gruppierungen oder Parteien nicht über politische Programme verlief, „sondern über Erzählungen. Erzähle mir deine Geschichte, und ich sage dir, ob ich mit dir gehe“.⁴⁵ Gemeint sind hier nicht individuelle Erzählungen, sondern sich im Grunde wiederholende Geschichten, über die sich Personenkreise identifizieren, über die gesellschaftspolitische Sinn und somit politische Identitäten reproduziert werden, „Erzählungen über Sinn von Handeln, Nichthandeln und Erleiden in gesellschaftlichen Angelegenheiten“. Die „Erzählmengen bilden den Stoff für jeweils distinkte Diskurse“, die Individuen in Kommunikationsgemeinschaften führen, die „unterhalb der Schwelle von politischen Parteien- und Gruppenbildungen“ liegen.⁴⁶ Und in genau diesem Sinne, als historisch gewachsene Voraussetzungen politischer Parteienbildung, waren in dem entscheidenden Herbst und Winter 1989/90 die Diskursgemeinschaften von hoher Bedeutung.

⁴¹ Siehe dazu: Leonid Ionin: Russische Metamorphosen. Aufsätze zu Politik, Alltag und Kultur, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 1995.

⁴² Sigrud Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, S. 154.

⁴³ Vgl. Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin: Aufbau-Verlag 1999, S. 85, 106f.

⁴⁴ Ebenda, S. 339.

⁴⁵ Rainer Land / Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum: Verlag Dr. Dieter Winkler 1994, S. 11. (im folgenden: Land/Possekel, 1994)

⁴⁶ Ebenda, S. 79.

Bereits beim Umreißen ihres Forschungsansatzes gingen Rainer Land und Ralf Possekel davon aus, dass sich unter den spezifischen Bedingungen der DDR zwei verschiedene Sozialisationspfade bzw. Intellektuellenkulturen ausbildeten: „die ‚sozialistische‘ Intelligenz, auf deren Grundlage auch ein spezifischer Typus ‚Parteiintellektueller‘ entstand, und der Typus des im Staatssozialismus marginalisierten Intellektuellen“.⁴⁷ Hier wiederum sind jeweils drei distinkte Diskurse in Folge auszumachen: im „Umfeld der Staatspartei“ (1) der Diskurs der Altkommunisten, (2) der der Aufbaugeneration und (3) der ‚konspirative Avantgardismus‘ der dritten SED-Reformerdiskussion; im bürgerlichen Feld (4) das ‚Überwintern‘ in konservativ-bürgerlicher Identität, (5) der Diskurs unter der Rubrik ‚Kirche im Sozialismus‘ und (6) der alternative Diskurs der ‚Basisgruppen‘.⁴⁸

Die dem Diskurs der Altkommunisten zuzurechnenden Intellektuellen (1) kamen zumeist aus der Emigration nach Deutschland zurück und sahen sich in der moralisch stark aufgewerteten Position des ‚Kämpfers gegen den Faschismus‘, ja fühlten sich den Siegern des zweiten Weltkrieges zugehörig. (Ulbricht hatte dann ja später die Idee, die ganze DDR zum ‚Sieger der Geschichte‘ zu erklären.⁴⁹) Sie wurden gleichsam zu „Senior-Gründern“ der DDR-Intelligenz; unter ihnen setzten sich, nicht ohne Zutun der sowjetischen Besatzungsmacht, schließlich personell und konzeptionell die zurückgekehrten Moskauer Emigranten gegen die Westemigranten durch. Die in diesem Diskurs, insbesondere nach dem 17. Juni und dem XX: Parteitag, gehegten Hoffnungen wurden getäuscht; die einen brachen mit dem Stalinismus und wurden zu Dissidenten, die anderen lebten in ‚kommunikativem Schweigen‘.⁵⁰

Die „Aufbaugeneration“ (2) war die „neue Intelligenz“, die über Neulehrerkurse, Arbeiter- und Bauern-Fakultäten usw. „massiv aus der nichtintellektuellen Bevölkerung, vor allem kleinbürgerlichen Schichten, Bauern und Arbeitern rekrutiert“ wurde. Für sie bot der Wechsel in die „sozialistische Intelligenz“ die Chance, eigene Erfahrungen in Hitlerjugend oder Wehrmacht zu beschweigen und bedeutete in der Regel einen enormen sozialen Aufstieg,⁵¹ „nicht allein als individuelle Leistung, sondern auch als Moment einer einmaligen, historisch legitimierten Umwälzung“,⁵² was sie in aller Regel zu einem besonderen ‚Dank‘ gegenüber der Partei veranlaßte, den sie als ‚Diener der Partei‘ abstatteten. Der Reformversuch dieser Generation war der der 1960er Jahre; er scheiterte spätestens mit der Honecker’schen ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ und war nach 1970 in der DDR nicht mehr öffentlich thematisierbar.

Die Diskurse der dritten SED-Reformergeneration (3) begannen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre; ihre Akteure waren bereits in der DDR aufgewachsen, kamen meist aus Intelligenzler-Familien, als Kinder von Aufsteigern der Aufbau-Generation oder aus Elternhäusern mit längerer kommunistischer Tradition. Ihre Ausbildung war in der Regel gründlicher und besser als die der Eltern, und sie erlebten die DDR in relativ stabiler Existenz, deren Gesell-

⁴⁷ Rainer Land / Ralf Possekel: Intellektuelle aus der DDR – Kulturelle Identität und Umbruch, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1992, S. 86. (Land/Possekel, 1992)

⁴⁸ Dies auch die Struktur von: Land/Possekel, 1994.

⁴⁹ Dazu merkte Stephan Hermlin dann Ende der 1970er Jahre an: „...jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen. Dadurch, dass man dem Volk diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann auch leichter zu regieren. Es ist schwer, auf die Dauer Leute zu regieren, die sich irgendwie schuldig fühlen.“ Gespräch mit Klaus Wagenbach, in: Stephan Hermlin: Äußerungen 1944-1982, Berlin, Weimar: Aufbau-Verlag 1983, S. 399.

⁵⁰ Land/Possekel, 1992, S. 86; Land/Possekel, 1994, S. 33.

⁵¹ Land/Possekel, 1992, S. 87.

⁵² Land/Possekel, 1994, S. 34.

schaft nicht mehr als Provisorium anzusehen war. Da eine einfache Neuauflage der Reformpolitik der 1960er Jahre ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht mehr zur Debatte stehen konnte, wollte diese Generation „Akteur einer anderen, wirklich sozialistischen Praxis werden“. Von den Jüngeren, nach 1965 Geborenen – die sich in den späten 1980er Jahren „von vornherein um DDR, Sozialismus und Reformen keinen ‚Schädel‘“ mehr machten und ohne Bauchschmerzen zu gehen bereit waren, folglich „auf den Diskurs der Eltern weder positiv noch negativ, sondern gar nicht zu reagieren“ sich angewöhnt hatten – unterschied sie allerdings, dass es ihnen unmöglich schien, „einfach aufzuhören“.⁵³

Die sich nach dem zweiten Weltkrieg noch im Lande befindende bürgerliche Intelligenz war dem massiven Druck der Emigrationsrückkehrer ausgesetzt, wurde in den 1950er Jahren aus wichtigen öffentlichen oder staatlichen Positionen der entstehenden DDR hinausgedrängt und vom Zugang zu den öffentlichen Medien ausgeschlossen. Wer nicht das Land in Richtung Westen zu verlassen bereit war, sah sich in einer marginalisierten Position. In Funk und Presse der DDR einen Gegendiskurs zur SED zu führen war verunmöglicht; auch die zugelassenen bürgerlichen Parteien (insbesondere die CDU und die Liberaldemokratische LDPD) waren über die „Nationale Front“ auf die Einordnung in den herrschenden Diskurs verwiesen. Marxismus-Leninismus war Pflichtfach an allen Universitäten. Ein Teil der bürgerlichen Intelligenz hatte sich Distanz zu Macht und Staat schon während des Nationalsozialismus bewahrt und versuchte, eine solche Haltung auch angesichts des Realsozialismus einzunehmen. Als soziale Gruppe konnten sie bereits in den 1950er Jahren immer weniger in Erscheinung treten; in den 1960er Jahren schien sie verschwunden. Allerdings ging dieser Prozess offenbar mit „einer Reaktivierung ihrer traditionellen Werte und Sichten in relativ geschlossenen Kommunikations-Nischen wie der Kirche, einigen künstlerischen und literarischen Kreisen einher“,⁵⁴ und er korrespondiert mit einer engen Anbindung an die Medien der Bundesrepublik. „Dort fand das eigentliche Leben statt, dort wurden wichtige Argumente vorgetragen, intellektuelle Moden kreiert.“ Darüber hinaus „ging es um die Wahrung von Handlungsräumen, in denen sich nichtmarxistische Identität auch dort realisieren konnte, wo sie zum herrschenden Diskurs im Widerspruch stand – z.B. das Ringen um die Unabhängigkeit der Lehrer an den Schulen und Hochschulen in den fünfziger Jahren, der Kampf um die Möglichkeit, Wehrdienst zu verweigern in den sechziger Jahren, die Erhaltung kirchlicher Einrichtungen, die Bemühungen um Reisefreiheit, um eine autonome Friedens- und Umweltschutzbewegung in den siebziger und achtziger Jahren.“ Die marginalen Handlungsräume waren mit marginaler Öffentlichkeit und Bezug auf die westdeutsche Öffentlichkeit verbunden. In kleinen, nicht-öffentlichen Kreisen wurden bürgerliche und kleinbürgerliche Identität konserviert. Allerdings, im Familien- und Freundeskreis konnte über vielerlei geredet werden, reale Handlungsspielräume und eine sie begleitende, wenngleich eingeschränkte Öffentlichkeit ergaben sich nur im Umfeld der Kirchen, vor allem der evangelischen. Insofern ist die Geschichte der gesellschaftlichen Diskurse in der DDR außerhalb des ‚Partei-Diskurses‘ wesentlich eine der Diskurse im Umfeld der Kirchen.⁵⁵

Das „Überwintern“ (4), das auch an einer traditionell autoritären Familien- und Gesellschaftsstruktur orientiert war, geriet in den 1950er Jahren zunehmend in Widerspruch zu den sozialen Wandlungen im Lande und den Lebensvorstellungen der eigenen Kinder; nach dem Mauerbau war es zugleich politisch obsolet. Der neue Diskurs war der zur „Kirche im Sozialismus“ (5), der, zumal nach der Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR 1968, auf die Verstetigung und Vergrößerung von Spielräumen angesichts der gegebenen realsozialistischen Gesellschaft zielte, und dies in einer weltgeschichtlichen Situation, da mit

⁵³ Land/Possekel, 1994, S. 39.

⁵⁴ Land/Possekel, 1992, S. 88.

⁵⁵ Land/Possekel, 1994, S. 51/52.

einem baldigen Ende des Ost-West-Gegensatzes nicht zu rechnen war. „Die Hoffnung auf echte Mitgestaltungsmöglichkeiten musste allerdings trügerisch bleiben, weil die Grundkonstruktion des administrativ-bürokratischen ‚Realsozialismus‘ keine autonom agierenden gesellschaftlichen Subjekte bzw. Kräfte kennt – sie passen nicht in die Systemlogik, weil diese auf der unmittelbaren Verkopplung aller gesellschaftlichen Subsysteme mittels eines übergreifenden Apparates – der Staatspartei – beruht. Insofern musste die Vorstellung einer autonomen Kirche mit eigenem gesellschaftlichem Gestaltungseinfluß eine Illusion bleiben. Von seiten der Staatspartei blieb es Taktik, auf seiten der Kirche erzeugte sie die Illusion, man könne vielleicht doch bestimmte Züge einer plural verfassten westlichen Gesellschaft im Sozialismus etablieren.“⁵⁶

Der neue Diskurs, der der „Basisgruppen“ (6) begann sich Ende der 1970er Jahre zu artikulieren. „Es gab keinen einheitlichen Ausgangspunkt und auch keine synthetisierende Struktur, obwohl mit der Zeit eine zunehmende Synchronisation räumlich und inhaltlich auseinanderliegender Bewegungen zu beobachten ist. Kristallisationspunkte waren die Bedrohung durch einen Konflikt der Supermächte und die Bedrohung durch eine infolge rücksichtsloser industrieller Produktion zerstörte Umwelt. Eine wichtige Rolle im Prozess des Zusammenführens spielte der konziliare Prozess, ...der drei Leitideen verfolgte: ‚Frieden‘, ‚Gerechtigkeit‘, ‚Bewahrung der Schöpfung‘.“⁵⁷ Dies erfolgte zugleich in kritischer Distanzierung zur bisherigen Politik der Amtskirche. Während die Kirchen, auch angesichts der Erfahrungen der 1950er Jahre, die kirchlichen Spielräume unter der Voraussetzung der bestehenden Machtverhältnisse zu erweitern suchten, ohne grundsätzliche Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Machtverteilung zu stellen, gingen die „sozialethisch engagierten Gruppen“ zwar ebenfalls von der Gegebenheit der Machtverhältnisse aus, waren aber nicht bereit, sich auf Dauer mit ihnen abzufinden. Sie bestanden „auf der Notwendigkeit grundlegender Machtumverteilungs- und Demokratisierungsprozesse, obwohl sie um die begrenzte Wirksamkeit ihres Engagements wussten“.⁵⁸

Motiv war immer wieder der Anspruch, ein herrschaftsfreies Leben führen zu wollen. Infolgedessen entstanden hier keine neuen Systementwürfe. Land und Possekel stellen fest: „Gesellschaftsmodelle als solche standen im Unterschied etwa zur frühen Arbeiterbewegung bzw. zum Marxismus nicht mehr zur Debatte, es ging viel eher um praktische Lösungen für konkrete Probleme auf einer Ebene unterhalb grundsätzlicher Modelle. Dies korrespondiert mit der Verankerung aller Alternativvorstellungen letztlich am bzw. im Individuum – anstelle der in marxistischen Bewegungen üblichen Zentrierung um gesellschaftliche Verhältnisse bzw. um ‚Systeme‘.“ Hier sehen beide auch den „Hauptunterschied – konzeptionell wie kulturell – zwischen den DDR-kritischen Oppositionsbewegungen im Umfeld der Kirche und den Reformbewegungen im Umfeld der SED. Letztere haben immer eine systemzentristische Betrachtung von Reformbewegungen zum Ausgangspunkt.“⁵⁹

Wer aber waren die Bürgerbewegungen?

⁵⁶ Land/Possekel, 1994, S. 59.

⁵⁷ Land/Possekel, 1994, S. 60.

⁵⁸ Detlef Pollack/Christiane Heinze: Zur Funktion politisch alternativer Gruppen im Prozess des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Wolf-Jürgen Grabner, Christian Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR, Berlin 1990, S. 86.

⁵⁹ Land/Possekel, 1994, S. 63 und 64.

Über die Veranstaltung in der Berliner Gethsemane-Kirche am Abend des 19. September 1989 wurde wie folgt berichtet: „Die Veranstaltung zeigte, dass die Arbeit neuer und alter Gruppen in der DDR weit entfernt ist von effektiver Oppositionsarbeit. Die... veröffentlichten Berichte über die ‚Opposition‘ in der DDR sind übertrieben und aufgebauscht. Bärbel Bohley konnte keine Orientierung geben, ihr amateurhaftes Auftreten zeigt deutlich die Schwierigkeiten bei inhaltlicher und organisatorischer Umsetzung ihrer Ziele. Der Teilnehmerkreis bestand, soweit erkennbar, ausschließlich aus Intellektuellen, unter denen keine politischen Talente sichtbar wurden, die eine solche Versammlung zu einheitlicher Willensbekundung führen könnten... Selbst einfachste Organisationsformen waren nicht bedacht worden... Das Neue Forum wird durch derartige Veranstaltungen kaum zur Mobilisierung beitragen.“ Das ist nicht etwa dem pejorativ formulierten Bericht des zuständigen Berichterstatters der Staatssicherheit, um vor dem 40. Jahrestag der DDR den Minister Mielke zu beruhigen, entnommen, sondern dem Fernschreiben des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin an den Chef des Bundeskanzleramtes.⁶⁰

Nimmt man diese Bewertung als authentische Beschreibung des historischen Vorganges, so bestätigt er, dass die Bürgerbewegungen in der ausgehenden DDR in der Tat Bewegungen der Bürger waren, die sich von der Bevormundung durch die SED zu befreien suchten. Nicht langfristig vorbereitete, dann machtvolle illegale Organisationsstrukturen und ausgefeilte Programmdokumente traten an das Licht der Öffentlichkeit, sondern es begann der mühsame Prozess politischer Artikulation und Selbstorganisation meist zwar gebildeter, doch „normaler“, unorganisierter Menschen, die sich darin einig waren, dass es nicht wie bisher weitergehen konnte. Aus der Rückschau wird bestätigt: „Ich glaube, ein Problem ist gewesen: Wir waren schlecht organisiert. Wir, die Bürgerbewegung, waren nur wenige. Wir hatten keine Konzepte darüber, wie es hätte anders sein sollen. Wir waren nicht homogen und wollten nicht alle das Gleiche. Wir wollten schon ein verändertes System, einen anderen, irgendwie menschlichen Sozialismus. Es gab Zeiten, da haben wir geglaubt, wir brauchen an der Spitze nur ein paar Köpfe auszutauschen, und dann würde alles anders werden... Sehr wichtig war, dass die Leute, aus welchen Gründen sie auch immer auf die Straße gingen, plötzlich von Hoffnungen angesteckt waren. Das Problem war nur, dass wir nicht so richtig wußten, worauf wir eigentlich hoffen sollten oder was für uns nach einer Wende kommen sollte.“⁶¹

Der innenpolitische Druck hatte sich in der DDR immer weiter erhöht. Die Berichte aus der Sowjetunion ermutigten nach anfänglicher Skepsis auch die oppositionellen Kreise. Das gemeinsame Papier von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“⁶² brach mit überkommenen Ideologemen der SED und stellte auch für die unabhängige Friedensbewegung eine Berufungsgrundlage dar. Die SED-Führung bemühte sich in den Monaten nach der Veröffentlichung, eine breitere öffentliche Debatte zu unterbinden, konnte das von ihr selbst akzeptierte Dokument schlechterdings jedoch nicht wieder zurücknehmen. So traf die Aktion einiger Bürgerrechtler, auf der traditionellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 mit dem Wort von Rosa-Luxemburg: „Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ zu agieren, auf eine vergleichsweise hilflose DDR-Führung. Die Aktion während der Demonstration wurde rasch unterbunden, die Akteure wur-

⁶⁰ Nr. 43: Fernschreiben des Statssekretärs Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes, Berlin (Ost), 20. September 1989, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München: R. Oldenbourg Verlag 1998, S. 410. Um diese Edition vorzulegen, hatte die damalige Bundesregierung Kohl extra die gesetzlich vorgeschriebene Sperrfrist für Regierungsakten aufgehoben.

⁶¹ Anne Voss, Landessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung: Revolution oder Implosion? Berlin 1999, S. 18.

⁶² Neues Deutschland, Berlin, 28. August 1987.

den in gewohnter Weise verhaftet. Es kam dann, wie der Rechtsanwalt und spätere DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière betonte, aber „nicht zu Verurteilungen..., sondern zu den berühmten Abschiebungen. Denjenigen, die damals inhaftiert wurden, habe ich gesagt: Hier passiert etwas Neues! Man wagt es nicht mehr, sie zu verurteilen. Noch fünf Jahre vorher, zehn Jahre vorher, wären mehrjährige Haftstrafen verhängt worden und die Sache wäre erledigt gewesen.“⁶³ Statt dessen hat man die Verhafteten nach Großbritannien und anderswohin ausreisen lassen, und es wurde noch vereinbart, dass sie mit DDR-Pässen reisen, nicht ausgebürgert werden und später zurückkehren dürfen. Die gleichsam schärfste Strafe, die das Herrschaftssystem der DDR Anfang 1988 noch gegen seine Gegner bzw. Herausforderer zu verhängen vermochte, war die Ausreise in den Westen, die es umgekehrt der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor verweigerte. Insofern war in jenem Vorgang die spätere Konstellation „Wir sind das Volk!“ vorweggenommen, die ja einen Nachsatz hatte: „Wir bleiben hier!“. Insgesamt war jene Verhaltensweise der SED-Führung Teil des Versuchs, die Lage durch Öffnung von Ventilen, durch Erweiterung von Spielräumen zu entspannen. Dazu gehörte beispielsweise auch die etwas freizügigere Handhabung von Privatreisen in die Bundesrepublik Deutschland. Das führte jedoch weder zu einem Rückgang der Zahl der Ausreisewilligen, eher im Gegenteil, noch zu wachsender Zufriedenheit der Reisenden – das reale Anschauen der Bundesrepublik wirkte den Propagandabildern letztlich entgegen; der Mangel an real verfügbarem Geld machte das individuelle Devisenproblem noch spürbarer und schließlich war die Willkür der „Organe Inneres“ nach wie vor spürbar: wer dreimal im Westen und brav zurückgekommen war, wußte auch beim vierten Mal nicht, ob er reisen durfte. Es blieb Bittstellerei gegenüber dem Staat und war kein Recht. So bestätigte die späte DDR der 1980er Jahre jene schon in anderen Transformationsprozessen, etwa in Spanien und Portugal, gesammelte Erfahrung, dass das alte Regime, um die innenpolitischen Spannungen zu reduzieren, Repressionen zurücknimmt, Öffnungen anbietet, diese jedoch nicht zur Minderung der Spannungssituation führen, sondern zu einer Zunahme der Bestrebungen um demokratische Veränderungen. Sind die wirkliche Opposition, diejenigen, die auch Haft und Folter in Kauf zu nehmen bereit sind, um ihrer politischen Ziele willen, immer nur kleine Minderheiten in jeder Gesellschaft, so kommen die Verhältnisse dann in Bewegung, wenn auch der „normale“ Bürger, der in „normalen“ Zeiten ruhig und unauffällig seinem Tagewerk nachgeht, auf die Straße geht, um Veränderung einzufordern.

War Erich Honecker nach dem 1. Mai 1989 noch der Auffassung, die massenhafte Teilnahme an der Maidemonstration in Berlin sei Zustimmung zu seiner Politik, so sollte sich die Lage rasch ändern. Bereits am 7. Mai 1989 fanden die Kommunalwahlen statt, die dann als gefälschte ausgemacht werden konnten. Wahrscheinlich ist bei allen Wahlen, seit den Land- und Kreistagswahlen am 20. Oktober 1946 unter sowjetischer „Aufsicht“, in der SBZ bzw. DDR anders zentral mitgeteilt als vor Ort gezählt worden. Das war jedoch stets nur Vermutung. Nach der abendlichen Auszählung in den Wahllokalen, die auch in der DDR öffentlich war, um den ‚demokratischen Charakter‘ des Vorgangs zu unterstreichen, teilte der Vorsitzende des Wahlausschusses anschließend mündlich den Anwesenden das Ergebnis der Zählung mit, auch die Zahl der in diesem Wahllokal abgegebenen Nein-Stimmen. Nun hatten sich Mitglieder oppositioneller Gruppen am 7. Mai 1989 verabredet, diese mündlich mitgeteilten Zahlen eines ganzen Berliner Stadtbezirks zu hören und anschließend zusammenzurechnen. Als dann das „offizielle“ Berliner Wahlergebnis mitgeteilt wurde, lagen die angegebenen Nein-Stimmen für diesen Bezirk deutlich unter den gezählten. Damit waren die Herrschenden beim Lügen über ihre eigenen Verhältnisse ertappt, und sie hatten zudem gegen geltendes DDR-Recht verstoßen. Insofern nutzten alle Befehle des MfS-Ministers Mielke nichts, die Klagen

⁶³ Revolution oder Implosion? S. 9.

der Oppositionellen einfach zu unterdrücken. Die gefälschten Kommunalwahlen bleiben eine offene Wunde des Herrschaftsgefüges der SED, die sich bis zur Wende nicht schließen ließ. Die sich beschleunigende Ausreisewelle aus der DDR im Sommer 1989 über Ungarn und verschiedene Botschaften der Bundesrepublik wurde von Honecker mit dem in einen ND-Kommentar vom 2. Oktober hineinredigierten Satz versehen, man werde den Flüchtlingen „keine Träne nachweinen“. Die Antwort waren die Rufe auf der Leipziger Montagsdemonstration am Abend des 2. Oktober: „Wir bleiben hier“, die mit Forderungen nach Meinungsfreiheit und Reformen verbunden waren. Fortan äußerten sich die öffentlichen Willensbekundungen immer stärker in Demonstrationen. War es am 4. Oktober noch zu massiver Gewaltanwendung gegen Demonstranten am Dresdner Hauptbahnhof gekommen – Honecker hatte die glorreiche Idee gehabt, dass aus Gründen der Achtung der Souveränität der DDR die Botschaftsflüchtlinge aus Prag über DDR-Territorium in die BRD ausreisen sollten, was sich in der DDR natürlich herumgesprochen hatte, so dass ausreisewillige DDR-Bürger die entsprechenden Strecken und Bahnhöfe stürmten – und am 7. Oktober, dem Staatsfeiertag, in Berlin, so lastete ein gewaltiger Druck auf der erwarteten Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig. Trotz der großen Angst vor einer „chinesischen Lösung“ (einer Gewaltanwendung analog der auf dem Pekinger Tienanmen-Platz gegen die dort protestierenden Studenten im Sommer 1989) nahmen etwa 75.000 Menschen an der Demonstration teil, und es wurde erreicht, dass keine Gewalt angewendet wurde. Damit war das Demonstrieren zu einem faktischen Recht der Bürger geworden. An der friedlichen Demonstration in Berlin am 4. November 1989 nahmen dann etwa 700.000 Menschen teil. Der Höhepunkt der Demonstrationen war erreicht. Die SED-Führung unter Egon Krenz ließ dann am 9. November 1989 die Mauer öffnen und trat wenige Wochen später ab.

Die organisatorischen Strukturen, die in der Publizistik und dem wissenschaftlichen Schrifttum als „Bürgerbewegungen“ ausgemacht werden, bildeten sich in dieser „revolutionären“ Situation heraus bzw. traten – einige seit längerem in kleinsten Gruppen in der Illegalität, marginalisiert und von der Staatssicherheit verfolgt existierend, andere soeben konstituiert – an das Licht der Öffentlichkeit. Am 9./10. September 1989 unterzeichneten im Hause der Witwe Robert Havemanns Mitglieder der DDR-kritischen Friedensbewegung, darunter Bärbel Bohley, Rolf Henrich und Jens Reich, den Gründungsaufruf „Neues Forum“, legten am 19. September Unterschriftenlisten aus und beantragten die Zulassung. Der Gründungsaufwurf der Bewegung „Demokratie Jetzt“ wurde von Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Ulrike Poppe u.a. am 12. September unterzeichnet, anschließend wurde ein Thesenpapier vorgelegt und am 14. September ein „Flubblatt für die Demokratie“ veröffentlicht. Das Entstehungsdatum der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“, mit Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer, wird mit dem 1. Oktober angegeben, zunächst auf soziale und ökologische Zielsetzungen und einen „Dritten Weg“ gerichtet, landesweit am 30. Oktober vorläufig, am 16. und 17. Dezember endgültig als oppositionelle Partei konstituiert. Nachdem bereits am 12. September eine Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) aufgerufen hatte, erfolgte die Konstituierung durch eine Gruppe vor allem evangelischer Pfarrer am 7. Oktober 1989 im märkischen Dorf Schwante im evangelischen Gemeindehaus. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, mit Gerd Poppe und Wolfgang Tempelin, seit 1985 unter starkem Verfolgungsdruck, konstituierte sich am 28. Oktober als landesweite Organisation. Die „Grüne Partei“, mit Matthias Platzeck und Vera Wollenberger, wurde am 24. November in Berlin gegründet, im November auch die „Vereinigte Linke“.⁶⁴

⁶⁴ Alle Angaben nach: Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945-1995, Bonn 1996, S. 365ff. Uwe Thaysen, der als wissenschaftlicher Beobachter an allen Sitzungen des Runden Tisches teilnahm und in diesem Zusammenhang während der hier behandelten Ereignisse Gespräche mit den verschiedenen Akteuren hatte, gibt im Grunde die gleichen Daten an, nennt aber z.T. frühere Daten zu Vorläufern. So nennt er ein Bestehen von „Demokratie

Es waren diese sieben Organisationen, von denen zunächst die Initiative zur Konstituierung des Runden Tisches in der DDR (des „Zentralen Runden Tisches“) ausging. Sie strebten an, auf gleicher Augenhöhe mit den Parteien der Volkskammer über die Zukunft der DDR zu verhandeln. Die Konstituierung am 7. Dezember erfolgte dann mit je 15 Stimmen: Neues Forum drei, die anderen je zwei auf Seiten der neuen Kräfte; die fünf Parteien SED, CDU, LDPD, NDPD und DBD je drei auf Seiten der alten Kräfte. Auf der zweiten Sitzung am 18. Dezember kamen der „Unabhängige Frauenverband“ und die „Grüne Liga“ bei den neuen und der Gewerkschaftsbund FDGB sowie die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ bei den alten Kräften hinzu,⁶⁵ so dass nun jede Seite 19 Stimmen hatte. Die Bürgerbewegungen (i.S. der genannten und anderer Gruppierungen) waren das originäre Endergebnis des nicht-marxistischen Diskurses in der DDR; ihre Akteure kamen jedoch nicht nur aus diesem, sondern unter ihnen waren auch Personen, die aus dem SED-nahen Diskurs kamen, mit diesen Zusammenhängen aber gebrochen und sich während der 1980er Jahre in die unabhängige Friedens- bzw. Umweltbewegung eingebracht hatten. Die Kirchen als Institutionen hatten gerade auch das Zustandekommen des Runden Tisches befördert, um den friedlichen Gang der Veränderungen in der DDR zu sichern.

Die organisatorische Fragmentierung der Bürgerbewegungen bei zunächst vergleichsweise großer programmatischer Nähe verweist auf die Kontextbedingungen der Gründungssituation. Freie Artikulation von Positionen vor dem Herbst 1989 war nicht möglich, damit auch kein breiterer Zusammenschluss von Personen; zugleich waren die relativ kleinen Diskussionskreise unter dem Dach der Kirche Voraussetzung für dieses nun öffentliche Wirken. Obwohl es weder ein übergreifendes Konzept zur weiteren Entwicklung der DDR noch zentrale, charismatische Identifikationsfiguren gab, waren die öffentlich agierenden Bürgerbewegungen in der Zeit etwa von November bis Mitte Dezember 1989 die entscheidende Kraft, die den Veränderungen in der DDR öffentlich Ausdruck gaben. Doch sie hatten kein eigenes Verhältnis zur Machtfrage. Ihr jahrelanger Diskurs orientierte darauf, „den absoluten Machtanspruch der SED durch Verweigerung als kollektive Einmischung in Frage zu stellen“. Ihr Tun setzte „die Perspektive einer gegebenen Macht voraus, der man die eigene Identität und die gesellschaftliche Partizipation abringen musste“. Als die kommunistische Herrschaft im Dezember 1989 jedoch gefallen war, war man auf den Rollenwechsel nicht vorbereitet. „Man sah sich als Gegenmacht, die den Staat attackiert, um ihn zu beschränken und zu kontrollieren. Es wurde nicht wahrgenommen, dass ein Staat, den man demokratisch kontrollieren und partizipatorisch gestalten konnte, überhaupt erst konstituiert werden musste. Auf die Frage, wie das geschehen könne, wie Macht neu zu etablieren und zu verfassen sei, gab es keine Antwort.“⁶⁶ Bei den Leipziger Montagsdemonstrationen am 4. und 11. Dezember 1989 rückte dann die Forderung „Wir sind ein Volk“ in den Mittelpunkt; deren Zusammensetzung und Redner sollten sich rasch verändern – und bald die ersten Reichskriegsflaggen auftauchen, damals noch als Skurrilität belächelt. Die Bürgerstimmung rückte vom *demos* zum *ethnos*, und hier hatten die Gruppierungen der Bürgerbewegung nicht viel anzubieten. Im Januar erreichten sie noch die Abschaffung der Staatssicherheit bzw. aller Sicherheitsdienste; auf der Tagesordnung

Jetzt“ seit 1987 (einer Vorform in Gestalt eines kirchlichen Diskussionskreises ?); das Wirken von Initiativgruppen für die Gründung des Demokratischen Aufbruchs und der SDP seit Juni 1989; bei der Grünen Partei das seit Jahren aktive Wirken des „Grün-ökologischen Netzwerks Arche“. Siehe: Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 28.

⁶⁵ Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch, S.25ff.

⁶⁶ Rainer Land / Ralf Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Berlin: Ch. Links Verlag 1998, S. 204f. (Land/Possekel, 1998)

standen jedoch mittlerweile die deutsche Frage und die politischen Auseinandersetzungen im Hinblick auf die Volkskammerwahl am 18. März 1990. Hier entschied sich die Mehrheit bekanntlich für die rasche Vereinigung zu westdeutschen Bedingungen. „Damit konnte die Bürgerbewegung von all ihren politischen Vorstellungen nur eine nachhaltig in die neue Republik einbringen: den Kampf gegen die SED. Dies wurde dann auch die bleibende Erinnerung an die Revolution.“⁶⁷

Die SED und ihr Machtverlust

In dem Maße, wie die SED über längere Zeit hinweg Macht ausübte, verlor das von ihr geprägte Staatswesen seinen provisorischen Charakter. Der 17. Juni 1953 machte deutlich, dass diese Gesellschaft zumindest solange Bestand haben musste, wie die Sowjetunion ihre machtpolitischen Interessen lieber an der Elbe als am Bug wahrnehmen wollte. Nach dem 13. August 1961 blieb der Mehrheit der Bevölkerung auch die individuelle Abwanderung verwehrt. Damit musste jeder DDR-Bürger entscheiden, ob er seine Lebensplanung auf ein Arrangement mit den gegebenen Verhältnissen aufbauen, oder ob er den schweren Weg der Fundamentalopposition gehen wollte, mit vielerlei Nachteilen im Beruf und für die Familie. Daher drängten in die SED mehr und mehr auch Menschen um ihres beruflichen, gesellschaftlich akzeptierten Fortkommens willen. In immer mehr Berufen war die Wahrnehmung immer niedrigerer Leitungsfunktionen an die Mitgliedschaft in der SED gebunden.

Die PDS hat im Zusammenhang mit den Austrittswellen aus der Partei Anfang 1990 diesen Vorgang einseitig negativ besetzt und erklärt, viele verließen die Partei aus den gleichen Gründen, aus denen sie eingetreten waren; um die sei es also nicht schade. Eine solche Argumentationslinie ging am Wesen der Sache vorbei. In jeder Gesellschaft entstehen, und bestehen dann, geschriebene und ungeschriebene Regeln, Verhaltensmuster, um in ihr voranzukommen, Karriere zu machen. So war es in der DDR mehr und mehr üblich, Mitglied der SED zu sein, um bestimmte Plätze in der hierarchisch strukturierten Gesellschaft einzunehmen.

Das hatte zwangsläufig eine Ausgrenzung oftmals ebenfalls befähigter Menschen, die den Schritt in die Partei (oder in eine der anderen Blockparteien) nicht zu gehen bereit waren, zur Folge. Es bedeutete aber andererseits nicht, dass alle Leitungsfunktionen in der DDR mit lediglich politisch zuverlässigen, aber fachlich inkompetenten Personen besetzt waren. Im Gegenteil: je mehr Mitglieder der SED zur Auswahl standen (am Ende eben 2,3 Millionen Menschen), je mehr Menschen also die formal gleichen politischen Zugangsvoraussetzungen hatten, desto mehr entschied am Ende doch fachliche Kompetenz über die Eignung für die jeweils zu besetzende Stelle. Oftmals war es sogar so, dass in bestimmten Bereichen, etwa der Kommunalpolitik, mancher schneller Karriere machte, wenn er Mitglied einer der anderen Blockparteien war. In Bereichen der normalen staatlichen Verwaltung etwa wurden Funktionen nach einem bestimmten Parteienproporz besetzt. Beispielsweise wurden in Gemeinden und Städten, in denen der Bürgermeister nach den Gemeinde- bzw. Stadtverordnetenwahlen 1946 von der CDU gestellt wurde, diese Funktionen in der Regel bis 1989 immer wieder von Vertretern dieser Partei wahrgenommen. Andere Bereiche dagegen, wie Staatssicherheit, Inneres, Landesverteidigung, im Laufe der Jahre zunehmend auch Außenpolitik, blieben SED-Mitgliedern vorbehalten.

Unabhängig von der Ausgangsmotivation: jeder, auch der nur aus Gründen persönlichen Fortkommens in die SED eintrat, verhielt sich, und sei es nur äußerlich, systemkonform. Er trug zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse bei. Unter dem Gesichtspunkt der Stabilität der Gesellschaft ist dieses systemimmanente Karriereverhalten ein nützliches Ele-

⁶⁷ Land/Possekkel, 1998, S. 207.

ment. Es stabilisiert die bestehende Gesellschaft und bewirkt ein Trägheitsmoment, das weitreichenden, etwa gar revolutionären Veränderungen der betreffenden Gesellschaft entgegenwirkt. Nur unter sehr außergewöhnlichen, drastisch über das normale Maß verschlechterten, zugespitzten ökonomischen, sozialen und/oder politischen Bedingungen kommt es zu dem massenhaften Willen, die Verhältnisse grundsätzlich zu verändern, zu einer Revolution.

Im Herbst 1989, in der schärfsten Krise der DDR, war die SED selbst ein großer, eigenartiger sozialer Organismus. Und dieser Organismus war bereits tödlich krank. Eine wirkliche politische Partei, die als Ganzes hätte politisch handeln können, war die SED zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr. Die Krankheitsursachen waren ähnliche, wie bei der Staatssicherheit. Dort hatte man am Ende alle und jeden überwachen wollen und häufte Millionen von Akten, Berichten, Analysen auf - die konnte dann jedoch niemand mehr sinnvoll aufarbeiten und bewerten. Indem das Misstrauen als allgemeines Prinzip weiter auswucherte, fraß es seine eigenen Grundlagen auf. Hier hatte man in einem Lande von 16,5 Millionen Einwohnern eine Staatspartei von 2,3 Millionen Einwohnern. Die vier anderen Blockparteien hatten 1989 485.000 Mitglieder. 2,8 Millionen Menschen waren so in den fünf staatstragenden Parteien organisiert. Nahezu alle wichtigen Funktionen in Staat, Wirtschaft, Bildungswesen usw. waren mit Mitgliedern der SED (und punktuell der anderen Parteien) besetzt.

Auf Grund der massenhaft gewandelten Motivation des Parteibeitritts war dies aber inzwischen fast ebenso gut, als ob niemand in der Partei wäre. Die Kreis- und Bezirksleitungen sowie die Abteilungen des Zentralkomitees der SED häuften ihrerseits personenbezogene Mitgliederunterlagen über Millionen Mitglieder der SED auf. Aus den Angaben über Bildungsweg, früher wahrgenommene Leitungsfunktionen in der Partei oder in den verschiedenen Massenorganisationen, Parteischulbesuch usw. war jedoch am Ende keine gesicherte Aussage mehr über die politische Zuverlässigkeit aus der Sicht der SED-Führung zu gewinnen. Zumal die Parteileitungen in den Betrieben, Hochschulen usw. Techniken entwickelt hatten, auch die Kaderunterlagen stets so auszufüllen, wie es jeweils gewollt war.

Damit war der Spielraum der Leitungen relativ groß, und sie reproduzierten die Partei nach ihrem Bilde. Waren es Leitungen, zum Beispiel auf der Ebene der Grundorganisationen oder ihrer Gliederungen, wie Abteilungsparteiorganisationen oder Parteigruppen, in denen stalinistische Betonköpfe das Sagen hatten, wurden Menschen nach deren Bild zur Übernahme von Funktionen vorgeschlagen. Waren es dagegen Menschen, die die Ideen der Perestroika für sich angenommen hatten, schlugen sie andere vor, die ihren Vorstellungen entsprachen. Da jene, die Veränderungen wollten, dies durchschauten, hatten gerade nach 1985 vielfach solche SED-Mitglieder sich um die Übernahme von Funktionen auf den verschiedenen Ebenen bemüht. Insofern gab es, von der Basisebene über Kreisleitungen, Bezirksleitungen und zum Teil bis hinein in die Abteilungen des ZK völlig unterschiedliche Funktionsträger: einerseits Stalinisten, die nur darauf lauerten, andere anzuschwärzen, auszuschalten, Exempel zu statuieren, und andererseits reformerisch oder demokratisch gesinnte Menschen, die auf Veränderungen harrten, und die Zeit, bis diese eintreten, so zu überbrücken hofften, dass sie die Aktivitäten der Stalinisten zu konterkarieren versuchten. Nach außen und vor allem nach oben wurde das Ritual der „Treue zur Partei und zur Sache des Sozialismus“ befolgt. Hinter dieser Fassade verbargen sich jedoch völlig konträre Auffassungen, Konzepte und Verhaltensweisen.

Auch der Parteischulbesuch hatte seine ursprüngliche Funktion, einen der Parteiführung ergebenen, besonders treuen Kaderstamm zu schaffen, eingebüßt. In der „Honecker-Ära“ war das System des Parteischulbesuches weiter bürokratisch perfektioniert worden. Kreis- und Bezirksparteischulen sowie die Parteihochschule in Berlin bildeten ein eigenständiges System gestaffelter Schulung innerhalb der Partei. Dessen Absolvierung war schließlich in den 1980er Jahren Pflicht für jedes Parteimitglied, das eine bestimmte Leitungsposition in Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen, Bildung usw. ausüben wollte. Dabei war die Ebene des

notwendig abzuleistenden Parteischulbesuches definiert entsprechend der funktionalen Ebene. Wer also in die SED eingetreten war, um in der Gesellschaft vorwärtszukommen, musste auch akzeptieren, gegebenenfalls um dieses Zieles willen eine Parteischule zu besuchen. Wer als Betriebsleiter oder Abteilungsleiter im Betrieb o. ä. einen Nachwuchskader für eine rein fachliche Funktion im Betrieb, die mit einem Parteimitglied besetzt werden sollte, brauchte, musste akzeptieren, dass dieser erst diesen Schulbesuch zu leisten hatte, bevor er für seine neue fachliche Arbeit zur Verfügung stand. Im Gegenzug wurden die inhaltlichen und ideologischen Anforderungen dieses Parteischulbesuches so niedrig gehalten, dass in der Regel jeder einen „guten“ Abschluss bekam.

Da nun in den 1980er Jahren weder die Mitgliedschaft in der Partei, noch die Funktionsebene, noch der Parteischulbesuch letztlich als Kriterium für die politische Zuverlässigkeit im Sinne der SED-Führung angesehen werden konnten, wurden von dieser zwei Wege beschritten. Zum einen wurden immer mehr Funktionen, die von der Sache her von unterschiedlichen staatlichen, Wirtschafts-, Hochschul- usw. Leitungen wahrzunehmen bzw. zu entscheiden waren, von Parteiinstitutionen übernommen. Zum anderen wurde die gegenseitige Kontrolle der Apparate erhöht. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren alle gesellschaftlichen Leitungs- und Kontrollfunktionen nicht nur gedoppelt, sondern faktisch mindestens verdreifacht, und zwar erstens bei den normalen staatlichen-, Wirtschafts-, Hochschul- u.a. Leitungen, zweitens beim Parteiapparat und drittens bei der Staatssicherheit. Damit wurde das normale Funktionieren in den Sachbereichen jedoch weiter untergraben und das Kompetenzwirrwarr vergrößert.

Im Herbst 1989 schließlich war die SED keine politisch einheitlich handlungsfähige Größe. Risse und Spannungen, die die DDR-Gesellschaft durchzogen, gingen auf spezifische Weise auch durch die Partei. Die wachsende Spanne zwischen propagierten Zielen und täglich spürbaren Problemen hatte den praktizierten realsozialistischen Weg in einem Maße entzaubert, dass auch innerhalb der SED die Akzeptanz weiter zusammenschmolz. Der Eigensinn und die Weltferne der alten Männer an der Spitze von Partei und Staat hatten zu einer Sinnkrise jedes Handelns für diese DDR geführt. Es wuchs die Stimmung in der Partei, vor allem auch unter jenen, die es mit dem sozialistischen Ideal ernst meinten, für diese Führung keinen Finger mehr zu rühren. Jene redete von „Konterrevolution“. Doch manche Mitglieder der SED sprachen es im Sommer 1989 auch so aus: die „eigentlichen Konterrevolutionäre“ saßen in der Parteiführung. Die Zeitgleichheit der Krisen- und Reformprozesse in den anderen osteuropäischen Ländern wies auf den übergreifenden, nicht DDR-spezifischen Hintergrund der Krise hin. Gorbatschows Perestroika hatte Denkanstöße gegeben, die auch in der SED als auf die Grundstrukturen des sozialistischen Modells, nicht nur auf diese oder jene Variante seiner Praktizierung zielend aufgenommen wurden. Das SED-SPD-Papier hatte seinerseits vor allem in der denkenden Parteimitgliedschaft den Prozess des Neubedenkens der sozialistischen Ziele und Wirklichkeiten befördert.

So waren innerhalb der SED bei Anbruch des schicksalhaften Herbstes 1989 im wesentlichen drei Gruppen oder Strömungen zu unterscheiden:

Die **erste** Gruppe bildeten gewissermaßen die Idealisten, jene, die noch immer an ein sozialistisches Ziel glaubten und meinten, dieses in der und mit der SED in die Tat umsetzen zu können. Bei ihnen hatte sich die Unzufriedenheit mit der entstandenen Lage im Lande beschleunigt und, nicht zuletzt angeregt durch Gorbatschows Perestroika-Kurs, seit 1985 deutlich verstärkt. Sie wollten eben um der sozialistischen Ideale willen eine andere – naturgemäß sozialistische – Gesellschaft, als die, die im Herbst 1989 den „realen Sozialismus“ in der DDR ausmachte. Das Gefühl griff um sich, dass die Vorwürfe der Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahl vom Mai 1989 zutreffend waren, dass die wirtschaftliche Situation immer weniger den mitgeteilten Erfolgsmeldungen entsprach, dass überhaupt die restriktive Medienpolitik immer mehr Lügen und damit Unwillen produzierte, und dass die SED-Führung insgesamt keine Konzepte hatte. Vergrößert wurde die Unzufriedenheit der kritischen Parteimit-

glieder mit der praktizierten Politik durch die sich verstärkende Ausreisewelle aus der DDR. Sie empfanden diese als eklatante Niederlage der SED, der DDR und des Sozialismus mit weitreichenden Folgen.

Die **zweite** Gruppe waren die Zyniker. Dies waren Leute, die vielleicht auch einmal an sozialistische Vorstellungen geglaubt hatten, denen dieser Glaube aber mittlerweile abhanden gekommen war bzw. bei denen dieser immer noch oder auf eigenartig neue Weise eine Stalinische Ausformung hatte. Sie waren bereit, jeden beliebigen ‚Auftrag‘ zu erfüllen. Sie wurden, wenn es von ihnen verlangt wurde, auch zu Technologen ggf. brutaler Machtausübung, hatten keine Skrupel in der Anwendung der Mittel, um das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Die große **dritte** Gruppe rekrutierte sich aus all jenen, die aus Gründen ihrer Karriere in der SED waren. Im praktischen Handeln gab es durchaus Überschneidungen zwischen der zweiten und der dritten Gruppe. Hier waren nur die Motive anders gelagert, und sie galten lediglich so lange, wie man von der Dauerhaftigkeit der bestehenden Verhältnisse ausging und sich in der SED eine weitere Karriere versprach.

Nun ist diese Gruppenbildung eher idealtypisierend angelegt. Die Grenzen zwischen den Gruppen waren in der Realität eher fließend, bzw. sie gingen vielfach durch das einzelne Individuum hindurch, weil sich in seinem Denken und Handeln verschiedene Seiten mengten oder überschnitten. Auf der einen Seite waren auch solche Menschen Mitglieder der SED geworden, die die Absicht hatten, die Dinge für die Menschen zu erleichtern und zum Besseren zu wenden. Dass dies meist mit Illusionen über die Lebensfähigkeit und Machbarkeit einer so gearteten sozialistischen Gesellschaft verbunden war und oft in einen Kampf gegen Windmühlenflügel mündete, tut den Motiven und dem von ihnen getragenen Handeln keinen Abbruch. Auf der anderen Seite handelten an vielen Stellen Parteilose oder Mitglieder anderer Blockparteien beschränkter und „orthodoxer“, als es manche SED-Mitglieder getan hätten oder auch haben. Rein administrative, bürokratische Leitungstätigkeit war erstens bequemer, als eine mehr demokratische, und entsprach zweitens deutschen Traditionen und Gewohnheiten von vor 1945.

Die Hauptlinie der Auseinandersetzung innerhalb der SED im Jahre 1989 bzw. bis zum Herbst 1989 verlief zwischen den Trägern – aus stalinistischem Eifer, aus einfältiger Unbedarftheit oder auch aus Feigheit, Trägheit bzw. Eigennutz – des orthodoxen und verknöcherten, auf Abgrenzung gegenüber Gorbatschow und der Perestroika zielenden Kurses Erich Honeckers einerseits und den Gegnern dieses Kurses, die eine Art Perestroika auch in der DDR wollten, andererseits. Letztere waren verstreut, nicht organisiert, in vielem furchtsam, von falscher Loyalität oder Disziplin gegenüber der Partei und damit deren Führung geleitet, inkonsequent und unentschlossen.

Bezüglich des Sturzes der Honecker-Führung gab es eine breite Übereinstimmung unter den Idealisten, besser den reformorientierten Kräften in der SED und ihrem Umfeld, und die Demonstrationen der Parteimitglieder vor dem ZK-Gebäude und im Berliner Lustgarten im Herbst 1989 trugen dann ihrerseits zum Abtreten von Krenz und der gesamten alten Parteiführung bei. Wo aber war ein neues Gesellschaftskonzept, auf das man eine neue Politik hätte aufbauen können ?

Exkurs über die „SED-Reformer“ im Herbst 1989

Mit dem Projekt „Moderner Sozialismus“ mit Michael Brie, Dieter Segert, Rainer Land u.a., die auch mit Rosi Will, Hans-Peter Krüger, Wilfried Ettl in Verbindung standen, war in Berlin „ein später Versuch der Synthese verschiedener Reformansätze“ unternommen worden.⁶⁸ Aber auch seine Akteure hatten bis zum Spätsommer 1989 in kleinem Kreise konspirativ ge-

⁶⁸ Land/Possekkel, 1994, S. 46.

arbeitet. Im Unterschied etwa zu den starken eigenen landesweiten Strukturen der Reformen in der ungarischen Staatspartei, aus denen dann die Ungarische Sozialistische Partei nach Auflösung der Staatspartei hervorging, gab es keine übergreifenden Beziehungsgeflechte, auf die sie sich hätten stützen können. So blieben nur die Publikation theoretischer Texte in kleiner Auflage und der gelegentliche Versuch, mit einzelnen Aufrufen in die Medien zu kommen. Zur konzeptionellen Dimension des Projekts schreibt Rainer Land: „Für uns als Teil einer faktisch in die SED-Staatspartei integrierten und in dieser sozialisierten Generation von Parteiintellektuellen bedeutete ‚Sozialismus‘ gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und vielleicht mit Abstrichen auch in der BRD bedeutete. ‚Sozialismus‘ codierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte. Das wissenschaftlich Interessante und politisch Wichtigere am Projekt ‚Moderner Sozialismus‘ war nicht der ‚Sozialismus‘, sondern das ‚Moderne‘. Es codierte zunächst ein dissentes Moment im Verhältnis zur älteren Generation, wenn auch versteckt. ‚Modern‘ sagt immerhin, dass es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, Sozialismus – das Projekt der Gegenmoderne per se – und Moderne erscheinen in Synthese. Die versteckte Radikalität bestand darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Real-Sozialismus zu machen. Aber zurückzukehren nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege der Evolution der vorgefundenen ‚sozialistischen Gesellschaft‘ selbst, auf dem Wege einer kontrollierten, folglich gestalteten, nicht spontanen und die Folgen stets im Griff behaltenden Einführung der Institutionen der Moderne. Die Macht selbst soll Instrument dessen werden, sich dabei aus der Diktatur des Proletariats in eine moderne Verfassungsdemokratie transformierend. Dazu brauchte man die Macht, ihr Sturz lag nicht im Programm.“ Und deshalb war auch ein Wechsel auf die Seite der Bürgerrechtler ausgeschlossen.⁶⁹

Als dann die Parteiherrschaft im Dezember 1989 fiel, gelang es nicht mehr, eine öffentliche Debatte über Wege einer moderneorientierten Gesellschaftsreform durchzusetzen. Mit Vorstellungen eines „Dritten Weges“ wurde eine Formel geschaffen, die die Versöhnung des modernistischen Reformkonzepts mit den Reformvorstellungen der Alten in der Partei ermöglichte. Mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 zeigte sich, „dass die Partei wichtiger war als die Gesellschaft. Die Partei zu retten und dafür mit den anderen Strömungen der SED zusammenzugehen, hatte Vorrang vor dem schwierigen Versuch, mit der ungeliebten Bürgerbewegung die Konstitution einer neuen Macht ohne SED zu versuchen. Die Konsolidierung der Partei rangierte vor der Radikalisierung des eigenen Konzepts und einer politischen Selbstfindung, sie rangierte vor dem Erfordernis, dem Staat DDR zusammen mit allen anderen politischen Kräften überhaupt erst einmal eine legitime Grundlage zu geben. Mit dem auf dem Außerordentlichen Parteitag verbreiteten Argument, man müsse die Regierungsfähigkeit der Modrow-Regierung sichern und dürfe daher nicht die ‚Regierungspartei‘ auflösen, verspielten die SED-Reformer die Revolution, die ursprünglich auch die ihre gewesen war, nun aber nicht mehr als ihre erinnert werden wird.“⁷⁰

Nicht die kritischen oder reformerischen SED-Mitglieder haben die großen Wandlungen in der DDR, in Deutschland herbeigeführt, sondern die demokratische Opposition in der DDR, schließlich das Volk, gestützt auf die weltpolitischen Veränderungen im Gefolge von Gorbatschows Perestroika-Politik. Aber sie haben ihrerseits dazu beigetragen, dass die SED im Herbst 1989 nicht mehr als Instrument einer stalinistischen Politik verwendbar war. Die bewaffneten Gliederungen der DDR waren so nicht mehr gegen die Volksbewegung instrumentierbar. Die SED bzw. dann PDS und die von ihr getragene Regierung Modrow stellten sich

⁶⁹ Land/Possekel, 1994, S. 46.

⁷⁰ Land/Possekel, 1998, S. 209.

auf den Standpunkt, wonach eine Partei, die für das Volk da sein will, nicht Waffen gegen dieses Volk einsetzen kann. Die Wendung hin zum „demokratischen Sozialismus“, die aus den Reihen der SED heraus entstand und zur PDS geführt wurde, war die Konsequenz dieser in Übereinstimmung mit Gorbatschows Politik getroffenen Entscheidung des Herbstes 1989, mit der Folge, das demokratische Votum der Wähler zu akzeptieren. Das erging dann am 18. März 1990. Ohne diese Entwicklungen innerhalb der SED hätte der Herbst 1989 in der DDR aber nicht jenen friedlichen Verlauf nehmen können, der ihn schließlich prägte. Es war dies ein Faktor neben einer Reihe anderer, jedoch ein unerlässlicher.

Das Geheimnis der „Blockflöten“

Im Wahlkampf zur Volkskammerwahl 1990 hatte die SPD Plakate kleben lassen, wer jahrzehntelang Blockflöte gespielt habe, könne nicht die erste Geige spielen. (Das zielte offen gegen den CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière, der Bratschespieler gelernt hatte, bevor er Anwalt wurde.) Die Prognosen der Wahlforscher sagten einen deutlichen Vorsprung für die Sozialdemokraten voraus – und erwiesen sich als grundfalsch. Die Christdemokraten (und Liberaldemokraten) spielten die „erste Geige“.

Die Rolle der (anderen) ehemaligen Blockparteien im Umbruchprozess 1989/1990 ist ein in der einschlägigen Literatur vielfach unterbelichtetes Thema. Sie schienen, wie in anderen Revolutionen auch, die ‚falschen‘ Gewinner, nachdem die ‚richtigen‘ Revolutionäre der Ersten Stunde beiseite gedrängt worden waren. Im Unterschied zu den Bürgerbewegungen hatten sie aber einen festen Platz in der deutschen Parteiengeschichte. Wer unterstellt, die ‚Ossis‘ hätten 1990 nur die Banane gewählt, unterschätzt genau diesen Faktor. Nicht zufällig entstanden nach 1945 in allen Besatzungszonen Deutschlands die gleichen Partei-Formationen: die Sozialdemokraten, die Liberalen (unter unterschiedlichen Namen zunächst, dann im Westen als „Freie Demokraten“, im Osten als „Liberaldemokraten“), die Christdemokraten (mit Herkunft vom katholischen Zentrum, aber konfessionsneutral, lediglich an christlichen Werten orientiert) und die Kommunisten als zunächst deutschlandweit organisierte Partei. Diese Formationen entsprachen den in der deutschen Parteiengeschichte herausgebildeten politischen Lagern – unter der Voraussetzung des Verschwindens des ursprünglichen national-konservativen Lagers, das in die Naziherrschaft eingeflossen war. So blieben das liberale, das Zentrums-Lager, nun in Gestalt der Christdemokraten, und das sozialistische Lager, seit 1918 gespalten in Kommunisten und Sozialdemokraten, nach dem Kriege im Osten dominiert von den Kommunisten, im Westen nach Wahlniederlage der Kommunisten 1953 und Verbot 1956 dominiert von den Sozialdemokraten.⁷¹

Durch die Spaltung Deutschlands gab es die Parteien dann jeweils in beiden deutschen Staaten, im Westen als Konkurrenzparteien im bürgerlich-parlamentarischen System, im Osten überformt von der Blockpolitik und der ‚führenden Rolle‘ der kommunistischen Partei in Gestalt der SED. Dabei waren die unbotmäßigen Führungen der originären bürgerlichen Parteien im Osten CDU und LDP mehrmals durch die Besatzungsmacht ausgewechselt worden, bis dann endlich die subordinierten Kooperationspartner der ‚führenden‘ SED verfügbar waren. Als während der Krise des „Demokratischen Blocks“ 1948 erwogen wurde, sie ggf. zu verbieten, wurden die Nationaldemokratische (NDPD) und die Bauernpartei (DBD) geschaffen, die bereitstehen sollten, das jeweils entsprechende Parteienspektrum abzudecken, allerdings mit Personal, das von vornherein die Gewähr der Verlässlichkeit aus Sicht der SED bot. (Hier ist nun interessant, dass die Zusammenschlüsse der Parteien auf dem Wege zu einem gesamt-

⁷¹ Diese Darstellung lehnt sich an an Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1992, S. 19ff.

deutschen Parteiensystem nach 1990 genau nach dieser Prägung erfolgten: nicht nur die LDPD, auch die NDPD gingen zur FDP; neben der Ost-CDU ging auch die DBD zur CDU, mit dem Resultat, dass in Ostdeutschland heute die CDU auf dem Lande besonders dort stark ist, wo ihre örtlichen Gliederungen vorwiegend von ehemaligen Mitgliedern der DBD getragen werden.) Hernach wurden im Parteiensystem der DDR der NDPD und der DBD spezielle Aufgaben zugewiesen, die einen sollten sich um die ehemaligen Nazis, die anderen um die Kleinbauern und Landarbeiter kümmern.

Die Mitglieder der LDPD und der CDU, die um der ursprünglichen Ziele der Parteien willen in diese eingetreten waren, und nicht für einen wie auch immer gearteten Sozialismus, standen vor der Frage nach der weiteren Mitgliedschaft, viele traten 1949 und 1950 aus; Verhaftungen und verschiedene Repressionen waren an der Tagesordnung. Insofern waren die Blockparteien in der DDR tatsächlich beides, sie regierten auf allen Ebenen mit und hatten stets auch Funktionen zu vergeben und sie waren zugleich eine Art Nische für das Gespräch Gleichgesinnter, u.a. mit der Nebenwirkung, dass man am Arbeitsplatz nicht mehr genötigt wurde, doch in die SED einzutreten, wenn man bereits in der CDU war.

Die Anerkennung bzw. das faktische Hinnehmen der ‚führenden Rolle‘ war an die Stärke der SED und des von ihr geprägten Herrschaftssystems gebunden, an einen ‚starken Sozialismus‘. Die allgemeine Gesellschaftskrise der DDR 1989, die zur Entstehung der Opposition und zum Erstarken der Bürgerbewegung, zur Neugründung der SPD und zur Aktivierung der SED-Mitgliedschaft zum Sturz der alten Parteiführung geführt hatte, entließ gleichsam auch die Blockparteien in die Eigenständigkeit. Die alten Führungen wurden auch hier ausgewechselt. Paradigmatisch ist der Wechsel in der CDU zu Lothar de Maizière. Mit ihm übernimmt die Führung der Partei ein Mann, der in der alten CDU nie Funktionen innehatte, dafür jedoch als Synodaler der Evangelischen Kirche. Folgerichtig ist er es, der in der letzten Sitzung des Demokratischen Blocks am 28. November 1989 die faktische Annahme der Einladungsgestaltung für den Runden Tisch gemäß den Vorstellungen der Bürgerbewegungs-Gruppen und der Evangelischen Kirche erwirkt. Es folgen die Änderungen der Verfassung der DDR am 1. Dezember, insbesondere mit der Streichung der ‚führenden Rolle‘ der SED. Am 4. Dezember scheidet die CDU als erste der Blockparteien aus dem Demokratischen Block aus, auch im Hinblick darauf, dass es ein Abstimmungsgremium neben dem Runden Tisch nicht geben sollte, letztlich jedoch aus prinzipiellen Erwägungen, die de Maizière am 28. November bereits in der Blocksitzung erläutert hatte.⁷² In der Modrow-Regierung taktierte er immer dann, etwa mit Austritt aus der Koalition drohend, wenn es um die Durchsetzung weitergehender Entscheidungen im Sinne des Runden Tisches ging, so um Ende Januar 1990 eine Vorverlegung der Wahlen vom 6. Mai auf den 18. März sowie eine Allparteienregierung unter Einbeziehung der Gruppierungen des Runden Tisches zu erreichen. Am Runden Tisch hatten alle vier Blockparteien von Anfang an eigenständig abgestimmt; von alten Kräften auf der einen und neuen auf der anderen Seite – wie die Gruppen der Bürgerbewegungen bei der Konzipierung dieses Möbels gemeint hatten – konnte keine Rede sein.

Angesichts der Krisensituation der DDR und der Tatsache, dass die Demonstrationen und Kundgebungen der ‚einfachen‘ Bürger auf der Straße immer eindeutiger nach deutscher Einheit und D-Mark riefen, musste sich die CDU entscheiden. Entweder versuchte sie gemeinsam mit SED-PDS und / oder Teilen der Bürgerbewegung für eine eigenständige DDR zu wirken. Dann musste sie sich nicht nur gegen ‚die Straße‘ stellen, sondern auch gegen die Deutschland-Politik der Bundesregierung, und sie hätte sich dezidiert auf die nach wie vor existierenden DDR-Institutionen stützen müssen, die allerdings in Jahrzehnten alle von der SED aufgebaut und geprägt worden waren – denen sie also weitgehend mißtraute. Oder sie stützte sich auf die ‚Schwesterpartei‘ im Westen und die ‚Straße‘ und wurde zum Vollzieher der deutschen Einheit. Am 5. Februar 1990 wurde im Westberliner Gästehaus der Bundesre-

⁷² Uwe Thaysen: Der Runde Tisch, S.39ff.

gierung unter Mitwirkung Helmut Kohls die „Allianz für Deutschland“ gegründet als Wahlbündnis zur Volkskammerwahl von CDU, Demokratischem Aufbruch und der nicht am Runden Tisch präsenten, erst im Januar 1990 in Leipzig gegründeten christlich-konservativen Deutschen Sozialen Union (DSU). Kohl, der auch aus innenpolitischen Erwägungen die rasche Einheit wollte, hatte nun im Osten eine funktionierende Parteistruktur, die bis ins letzte Dorf reichte, und versah diese zugleich mit der Aura der oppositionellen Bürgerbewegung und Neugründung. Er revanchierte sich als der Wahlredner der CDU mit der größten Anziehungskraft; an seinen Wahlkundgebungen in der DDR soll etwa eine Million Menschen teilgenommen haben.⁷³

Als der Wahlgewinner von 1990 agierte die CDU im Osten als die Partei, die den Bestrebungen nach deutscher Einheit politischen Ausdruck gegeben hatte, und zwar zu den von der Bundesrepublik Deutschland gestellten Bedingungen. Die Weichenstellungen dazu, dass es eine Parteiendemokratie werden sollte, hatten die Bürgerbewegungen mit gestellt, als sie die Bedingungen für den Runden Tisch formulierten. Und als sie dies mit dem ihnen eigenen moralischen Impetus taten, hatten sie übersehen, dass Wahlen zu Konkurrenzbedingungen Wahlkampf bedeuten, und dass man dazu einen ‚Apparat‘ braucht. Die CDU hatte ihn, die PDS, nachdem sie Grundsatzdebatten über die weitere Politik ab Dezember 1989 hintangestellt hatte, ebenfalls, die Neugründer aber nicht. Dies erklärt zum Teil auch das schlechte Abschneiden der SPD und der Bürgerbewegungen im März 1990.

„Bürgerbewegungen und SED-Reformer haben den historischen Augenblick verpaßt, in dem vielleicht mehr möglich gewesen wäre als der Sturz des alten Regimes. Die Neuverfassung des Staates DDR stand im Herbst 1989 auf der Tagesordnung. Mit der Unfähigkeit, diese Frage aufzuwerfen, wurde die Chance vertan, das Verhältnis zur Bundesrepublik souverän mitzubestimmen. Nur nach einer Neuverfassung des Staates und einer Reorganisation der Staatsmacht hätte die deutsche Vereinigung trotz gravierender wirtschaftlicher Ungleichgewichte auf der Basis politischer Gleichheit konzipiert und unter gleichberechtigter Kontrolle, bei gleichen Interventionsmöglichkeiten vollzogen werden können.“⁷⁴ Das aber war die Chance der CDU.

Nach den Veränderungen

Die heutigen politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa sind nicht nur von den Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems geprägt, sondern auch durch den Verlauf des Systemwechsels im engeren Sinne. Polen war das entscheidende Land, in dem die Öffnung des kommunistischen Herrschaftssystems historisch erzwungen wurde. Nach der Unterdrückung von *Solidarnosc* als öffentlich agierender Organisation mit dem Kriegszustand Anfang 1980er Jahre gelang es der kommunistischen Führung Polens unter General Jaruzelski nicht wieder, das kommunistische System in der herkömmlichen Weise zu stabilisieren. Die Lösung wurde schließlich in einem Elitenkompromiß gesucht (übrigens so ähnlich, wie in Spanien am Ende des Franco-Regimes): der kompromißbereite Teil der Elite des alten Systems und der moderate Flügel der Systemopposition vereinbarten den *Runden Tisch*, um einen Ausweg aus der Patt-Situation zu finden – die Kräfte des alten Systems konnten nicht wie zuvor herrschen, die neuen Kräfte nicht gegen deren Willen die Macht übernehmen. Von Polen aus wanderte dann das Möbel auch nach Budapest und (Ost-)Berlin.

⁷³ Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch, S.190.

⁷⁴ Land/Possekel, 1998, S. 210.

Der *Runde Tisch* traf in allen Fällen wesentliche Entscheidungen: das Volk sollte entscheiden, wie es weitergeht. Dazu sollten freie Wahlen stattfinden, für die wiederum Koalitionsfreiheit und unregulierte Öffentlichkeit sowie Medienzugang Voraussetzung waren. Bereits dies bedeutete historisch den Verzicht auf den kommunistischen Anspruch, das Eingeständnis der historischen Niederlage. Zugleich wurde damit vereinbart, dass die alten Eliten mit ihren Parteien sich an diesen Wahlen beteiligen, sie blieben also – auf der Grundlage der Anerkennung der demokratischen Regeln – Bestandteil des politischen Spiels in allen Reformländern. Im Zuge dieser Vereinbarung wurden dann bereits vor den *Founding Elections* die „führende Rolle“ der kommunistischen Staatspartei aus der Verfassung gestrichen, ein demokratisches Wahlrecht und entsprechende Parteiengesetze geschaffen.

Die Systemwechselprozesse in den verschiedenen Ländern beeinflussten sich gegenseitig. Ein Bonmot aus jener Zeit – es stammt wohl aus Prag – sagte: „Es“ dauerte in Polen zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen, in der Tschechoslowakei zehn Tage und in Rumänien zehn Stunden. Dann war der Weg frei zu den neuen politischen Verhältnissen. Die Parteiensysteme in den Reformländern konstituierten sich aus dieser Konstellation heraus, wie sie am Ende des kommunistischen Systems bestand und sich in der „Founding“-Phase ausprägte. Dabei wirkten drei Konstellationen:

1. Die bereits im alten System bestehenden Parteien setzten ihr Wirken unter den neuen Bedingungen fort. Die ehemaligen kommunistischen Staatsparteien wandelten – nach dem historischen Scheitern der kommunistischen Gesellschaft – ihre Programmatik und wurden zu sozialistischen bzw. demokratisch-sozialistischen Parteien. Im Falle Polens und Ungarns wurden sie auch in die *Sozialistische Internationale* aufgenommen, was im deutschen Fall, bezüglich der PDS, nicht möglich erschien, weil die alte, historische Sozialdemokratie schon da war und eigentlich sozialistische Konkurrenz nicht mag. Die anderen, bereits früher bestehenden Parteien, die sog. ehemaligen „Blockparteien“ machten sich überall, wo sie bestanden hatten, selbständig und versuchten, auf dem neuen politischen Markt zu konkurrieren. Die polnische Bauernpartei beispielsweise stellte bereits 1993 den Ministerpräsidenten. Die CDU der DDR hatte 1990 die Wahlen zur DDR-Volkammer gewonnen und trat mit der deutschen Vereinigung der westdeutschen CDU bei.
2. In einigen Fällen wurden „historische“ Parteien wiedergegründet, die mit der Stalinisierung der politischen Verhältnisse in den 1940er Jahren unterdrückt worden waren. Die „Partei der Kleinen Landwirte“ und die Christdemokratische Partei in Ungarn, die sich 1989 wieder konstituieren, setzten zunächst sogar die Parteistatuten von 1945 wieder in Kraft.
3. Die Vertreter der Systemopposition gründeten neue Parteien, die in Programmatik und Selbstverständnis in der Regel an westeuropäische Muster angelehnt wurden. So entstanden liberale, konservative, auch „grüne“ Parteien. Sie erreichten jedoch nur dann die Zustimmung der Wähler und eine länger wirkende Akzeptanz, wenn sie tatsächlich mit den Präferenzen der Wähler korrespondierten und ihnen Problemlösungskompetenz zugemessen wurde. Parteien, die in der Endphase des kommunistischen Systems eine wichtige Rolle gespielt hatten, konnten sich so auch zunächst durchsetzen, wie etwa das „Ungarische Demokratische Forum“ 1990.

Für diese Parteiensysteme wurde am Ende charakteristisch, dass sie sich, ungeachtet der oben genannten unterschiedlichen Herkunft, auf einem Links-Rechts-Kontinuum verorten lassen. Die einzelnen Komponenten dessen – wie sind die politischen Positionen zu den demokratischen Freiheitsrechten, wie ist es mit den sozialen Sicherungssystemen usw. – unterscheiden sich jedoch von denen in Westeuropa. So wurden die Sozialistischen Parteien Polens und Ungarns beispielsweise Vertreter eines zielstrebigen Umbaus der Wirtschaftssysteme in Richtung EU-Kompatibilität.

Hinzu kommt, dass die Systeme der politischen Parteien in diesen Ländern nicht auf einer bereits bestehenden Sozialstruktur aufbauen konnten. Diese bildeten sich ja erst mit den entstehenden Verhältnissen der Marktwirtschaft heraus. Insofern wurde es, besonders in der „Founding“-Phase, charakteristisch, dass die individuelle Entscheidung, sich einer sozialistischen, konservativen oder liberalen Partei anzuschließen, auf einer kulturellen Ebene der persönlichen Präferenz getroffen wird. Wobei sich hier jedoch bald zeigte, dass familiäre Traditionen dabei eine Rolle spielen. So wurde Ungarn beispielsweise in den 1990er Jahren von den „Enkeln“ der nach 1945 entmachteten und enteigneten alten Führungsschichten regiert, während in den letzten Jahren manche Beobachter meinten, es regierten mittels der Sozialistischen Partei jene ehemaligen stellvertretenden Abteilungsleiter, die auch regiert hätten, wenn der Systemwechsel nicht stattgefunden hätte.

Die „Founding-Elections“ 1989/1990 brachten – zumindest in Mitteleuropa – in der Regel einen Wahlsieg jener Kräfte mit sich, die die größte Gewähr dafür boten, dass das „kommunistische Experiment“ beendet wird. Das waren die Konservativen vom „Demokratischen Forum“ in Ungarn, die „Solidarnosc“-Kräfte in Polen und die CDU in der DDR. Die Bruchlinie (cleavage) *Kommunismus-Antikommunismus* spielte jedoch nur in diesen Founding-Elections eine zentrale Rolle. Spätere Versuche, diesen weiter zu instrumentalisieren, scheiterten in allen Fällen. Am deutlichsten zeigte sich dies, als Lech Walesa, der Führer von Solidarnosc von 1980, gegen den Sozialisten Kwasniewski 1995 die Präsidentenwahl verlor. Die Wähler interessierten sich nicht mehr in erster Linie für die Konfliktlinien der Vergangenheit, sondern dafür, dass die Katholische Kirche nunmehr versuchte, die Zivilgesellschaft zu dominieren und beispielsweise die Schwangerschaftsunterbrechung zu verbieten.

Die Bruchlinien „wanderten“ mit den späteren Wahlen. Entscheidend wurden die Problemfelder der Privatisierung („Wie wird das Eigentum gerecht privatisiert, oder geht es wieder nach den jeweiligen Parteibüchern?“), die Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit und vor allem die Anbindung an den Westen, vor allem hinsichtlich NATO- und EU-Beitritt.

Differenziert man die post-kommunistische Welt, so zeigen sich unterschiedliche Ergebnisse des Systemwechsels in Ost-Mitteleuropa, im Osten (Russland und andere frühere Sowjetrepubliken) und in Südosteuropa; hier vor allem auch vor dem Hintergrund der Zerfallskriege Jugoslawiens. Der Systemwechselprozess ist in Ostmitteleuropa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei; Estland, Lettland, Litauen; Slowenien) zunächst am reibungslosesten verlaufen.

Man konnte nun darüber streiten, ob diese Länder deshalb so erfolgreich waren, weil sie sich von Anfang an auf den EU-Beitritt orientierten, oder ob sie deshalb auf die Liste der Beitrittskandidaten kamen, weil sie im inneren Systemwechsel voran kamen und EU-kompatible Strukturen schufen. Die Parteien in diesen Ländern bzw. die politischen Eliten stimmten weitgehend darin überein, dass sie ihre Länder möglichst rasch in die EU bringen wollten, und organisierten dafür in ihren Ländern entsprechende Mehrheiten. Die Strukturen Europas haben sich mit den Erweiterungen der EU und der NATO sichtlich verändert. Die Schaffung eines belastbaren gesamteuropäischen Systems gemeinsamer Sicherheit, von dem 1990 viele Menschen in Europa träumten, erfolgte nicht. Der Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages im Osten folgte nicht die der NATO, wie es aus der Logik des Kalten Krieges heraus nahe gelegen hätte. Statt dessen wurden für die NATO neue, global ausgerichtete Aufgabenfelder geschaffen, an denen nun auch die beigetretenen, ehemals kommunistischen Länder beteiligt sind.

Die sozialökonomischen Verhältnisse in den post-kommunistischen Ländern wurden wieder „normal“ kapitalistisch. Der Entwicklungsrückstand Osteuropas (im weiteren Sinne) zum Westen hat sich erneut reproduziert. Das Produktiveigentum wurde reprivatisiert. Trotzki hatte über die Perspektive der Neuen Klasse geschrieben: „Gelingt es der Bürokratie, durch Umwandlung der Form des Eigentums aus sich heraus eine besitzende Klasse zu schaffen, dann wird diese ihre eigenen, mit keiner revolutionären Vergangenheit verbundenen und –

gebildeteren Führer finden.“⁷⁵ So hat es denn in Russland und in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken stattgefunden. Der Teil der Neuen Klasse, der die Verantwortung für die kommunistischen Verhältnisse abstreifen wollte, hat die Verteilung des Produktivvermögens unter sich vorgenommen, während in der Öffentlichkeit über Freiheit und Demokratie geredet wurde. Die Jelzinsche Verfassung schrieb diese Ordnung fest. Das ist der eine Pol: die Neue Klasse mausert sich zur neuen alten Klasse der Kapitaleigner. Der andere Pol wurde von der Entwicklung in Ostdeutschland gebildet: die demokratischen Wahlsieger des Jahres 1990 geben ihre Verantwortung bei der konservativen politischen Klasse der Bundesrepublik ab und hoffen, dass jene die sozialen Probleme des Übergangs löst. Deren Beauftragte in der „Treuhandanstalt“ wiederum hatten nichts Eiligeres zu tun, als die DDR-Konkurrenz abzuwickeln und den Rest der Eigentumstitel hauptsächlich unter ihren westdeutschen bürgerlichen Klienten zu verteilen. Die Alimentierung der so freigesetzten ostdeutschen Bevölkerung durfte der deutsche Steuerzahler – in West und Ost – übernehmen. In den anderen postkommunistischen Ländern haben die alten und neuen Eliten die Eigentumstitel je nach politischem Kräfteverhältnis untereinander verteilt und hoffen auf den Westen. Die Zeche zahlt allemal das gemeine Volk.

Der Kommunismus war eine Sackgasse der Geschichte. Und die Geschichte ist wieder offen, vielleicht offener denn je. Allerdings unter der Voraussetzung eines globalen Zusammenwachsens und globaler Problemlagen von neuer Qualität. Das aber ist bereits ein anderes Thema.

(Eine frühere Fassung dieses Textes ist erschienen in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 4, herausgegeben von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2002, S. 179-230.)

⁷⁵ Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, S. 327.